

# VEREINS=ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder,

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

## Kollegen! Agiert mit allen Kräften für die Stärkung unserer Organisation! ~ ~ Nutzt die günstige Zeit aus! ~ ~

### Die Behandlung der Wohnungsfrage auf dem internationalen Wohnungskongress.

Kürzlich tagte in London unter Beteiligung von Gästen aus aller Herren Länder der 8. internationale Wohnungskongress. Bei der Wichtigkeit der Wohnungsfrage für das wirtschaftliche und soziale Leben der Kulturmänner dürfte es auch für unsere Kollegen von Interesse sein, sich mit dieser Tagung zu beschäftigen. Gerade London bietet dem, der sich mit dem Wohnungssproblem näher beschäftigt, sehr gute Gelegenheit zum Studium, da hier das Schlimmste und das Beste auf dem Gebiete des großstädtischen Wohnens zu sehen ist — von den erbärmlichen Höhlen im Osten Londons bis zu den Einzelhäusern und Gartenwohnungen im Westen. Wer durch die Städte des Glends wandert, wo die unterste Schicht des Lumpenproletariats in schäbiger Macht herrscht, der bekommt einen Begriff von der unerheblichen Masse, die noch zu leisten ist, ehe die schrecklichsten Mißstände beseitigt sein werden; und wer dann hineinkommt in die Gegend, wo sich saubere Arbeiterhäuser aneinanderreihen, mit kleinen Gärten und hübschen Grasplätzen, der erfährt, was geleistet werden kann auf dem Gebiete des Wohnens, wenn nur die nötige Einsicht und der ernste Willen vorhanden ist.

Die Wohnungsfrage ist ein wichtiger Teil der sozialen Frage überhaupt, so äußerte sich der Arbeitsminister und Sozialist John Burns in seiner Begrüßungsansprache. Sie ist ein viel größeres, viel tieferes Problem als das, gute Wohnungen zu schaffen. Sie enthält das ganze Problem der Armut: das große Problem der ungelernten Arbeiter. Nicht der Mittelstand und nicht die gelernten Arbeiter machen uns Schwierigkeiten, sondern die schlecht entlohnten ungelernten Arbeiter. Ungesunde Wohnungen wird es solange geben, als es ungelernte Arbeiter gibt, die schlecht entloht werden. Die Erhöhung der Lebenshaltung des ungelernten Arbeiters, die Beseitigung ihrer menschenunwürdigen Lebenshaltung wird uns auch auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge weiterbringen. Es ist nicht einzusehen, weshalb viele ungelernte Arbeiter schlechter leben müssen als die Gefangenen in den Kerken, als die Kranken in den Krankenhäusern, als die Irren in den Pflegeanstalten. In London sind in dieser Beziehung schon große Fortschritte erzielt worden — freilich in erster Linie für die ledigen ungelernten Arbeiter. Ihnen wurde zum Teil schon in den öffentlichen Voglerhäusern Gelegenheit geboten, menschenwürdig zu leben. Wichtiger ist aber, den ungelernten Arbeitern die Möglichkeit zu geben, auch mit einer Familie im eigenen Hause zu leben. Nicht jedes Haus ist auch ein Heim. Wir müssen ihnen aber ein Heim geben. Das in London jährlich 13 000 Familien die innere Stadt verlassen und ihr Heim in der ländlichen Umgebung gründen, ist auch ein Symptom für das wachsende Verständnis, das wir zu fördern haben. Die Wohnungsfrage entpufft aber auch das Problem der Verkehrsmittel, das für London durch die Kommunalisierung der Betriebe der Lösung zuführt. Die Erschließung der Teile Londons südlich der Themse für den allgemeinen Verkehr ist wichtiger als alles andere. Aber man darf sich nicht für ein einzelnes noch so wichtiges Hilfsmittel entzücken, man muss immer das Ganze im Auge behalten. Die Flucht vom Lande in die Städte lässt sich nicht aufhalten. Ein weiteres Problem, das mit der Wohnungsfrage aufs engste verknüpft ist, ist die Frauen- und Kinderarbeit. Um Schlüsse seiner Rede kündete er an, dass er im nächsten Jahre einen Wohnungsgesetzvorschlag einbringen wolle, aber er warne davor, alles dem Staat und den Gemeinden zu überlassen. Ermutigen Sie, so schloss

John Burns seine oft von Beifall unterbrochene Rede, auch das Individuum, dass es im Vereine mit Staat und Gemeinde helfe, das schwierige Problem der Wohnungsfrage zu lösen.

Mit Recht machte der Redner geltend, dass auch auf dem Wege der Selbsthilfe, durch Baugenossenschaften, etwas für die Lösung der Wohnungsfrage getan werden könne, nachdem der Präsident des Kongresses in seiner Eröffnungsrede auf das Eingreifen des Staates und der Gemeinden hingewiesen hatte. Es ist notwendig, dass alle privaten und öffentlichen Kräfte in Umspruch genommen werden, um ein Problem zu lösen, das für die Wohlfahrt eines Volkes und für das Glück des Einzelnen von so großer Bedeutung ist.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, die "Wohnungsinspektion", referierte der Holländer Faber. Er teilte mit, dass man in Holland statlich angestellte Wohnungsinpektoren habe, die Fachmänner seien und die Aufgabe hätten, die Wohnungen der armen Bevölkerungsschichten regelmäßig zu besichtigen und Vorschläge für eventuelle Verbesserungen zu machen. Der Redner schilderte auch den Widerstand der Hausbesitzer gegen diese Beaufsichtigung und erzählte, dass die meisten kleineren Städte, wo das Hausratertum die erste Blöße spiele, sich gegen diese soziale, so wohltätig wirkende Einrichtung wehren unter der Begründung, dass die Kosten zu hoch seien und dass die Hausbesitzer zu sehr belastet würden. Ein englischer Redner führte aus, dass man in England ebenfalls Wohnungsinpektoren kenne, darunter auch Frauen, doch seien dies keine Staatsbeamten und hätten darum nicht genügend Autorität und Unabhängigkeit. Ein anderer Redner, der Arbeitersekretär Smith, vertrat den sozialistischen Standpunkt, indem er die kapitalistische Gesellschaft für das Wohnungsselement verantwortlich mache und klipp und klar behauptete, nur durch Beseitigung des Kapitalismus könne auch das Wohnungselement beseitigt werden. So richtig nun diese Behauptung erscheint, so verkehrt wäre es aber, die Hände in den Schoss legen und auf den Zusammenbruch des Kapitalismus warten zu wollen; es erscheint vielmehr dringend notwendig, schon in der kapitalistischen Gesellschaft an die Lösung des Wohnungproblems heranzutreten. Und hierzu ist eine sachgemäße Wohnungsinpektion, die mit weitgehenden Rechten ausgestattet ist, ein gutes Mittel. Leider sind wir in Deutschland von einer solchen Einrichtung noch weit entfernt, denn bei uns liegt die Wohnungsinpektion, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, in den Händen der Polizei, und der Schuhmann spielt den Sachverständigen.

Da die Bodenfrage mit der Wohnungsfrage in engster Verbindung steht, war es sehr praktisch, auch dieser eine gründliche Betrachtung zu widmen. Das Referat von Dr. Mewes-Düsseldorf beleuchtete besonders die deutschen Verhältnisse in vortrefflicher Weise. Die Bodenfrage, so heißt es in dem Referat, ist eins der wichtigsten und schwierigsten Probleme der Wohnungsfrage überhaupt. Sie betrifft alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig. Die so lebhafte Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat, hat dabei ihren Anteil. Einzelne Städte haben sich geradezu stürmisch entwickelt, so Berlin, das von 1871 bis 1905 von 826 000 Einwohnern bis zu 2 Millionen stieg, so Hamburg, das in demselben Zeitraum von 300 000 auf 800 000 stieg, Charlottenburg (von 19 500 auf 287 000), Düsseldorf (von 69 000 auf 252 000), Nürnberg (von 88 000 auf 284 000) und Mannheim (von 89 500 auf 162 600). Dieses enorme Wachstum der Bevölkerung hatte auch eine enorme Steigerung der Preise für den Grund und Boden zur Folge. Ein 70 Hektar großes Terrain auf dem Kurfürstendamm bei Berlin bezog 1860 den reinen Aderwert von 100 000 M.

Nach Aufführung des Geländes durch eine Terraingesellschaft war sein Wert im Jahre 1898 50 Millionen Mark. Der Gesamtwert Charlottenburgs wurde 1865 auf 6 Millionen Mark geschätzt, 32 Jahre später auf 300 Millionen Mark. Das Gelände des Münchener Schlachthofes wurde anfangs der 70er Jahre um 4,91 M für den Quadratmeter erworben, 1896 war der Wert des Quadratmetres 50 M. Eine genaue Analyse der Preisbildung des Bodens ist überhaupt verwildert und schwierig, aber kurz kann gesagt werden, dass die Bildung des Bodenpreises ohne Zweifel nicht auf der Grundlage seiner Produktionskosten, sondern auf der seiner erzielbaren Ertrages erfolgt. Aus diesen Gründen erklärt sich trotz der fortgelebten Erschließung neuen Baugebietes die andauernd allgemeine Preisssteigerung alles Bodenbodens. Die aus der Eigenart der Preisbildung entspringenden unverdienten Gewinne haben zu einer lebhaften Boden-Spekulation den Anreiz gegeben. Sie wird sowohl gelegentlich wie gewerbsmäßig ausgeübt. Hier zählen vor allem die Terraingesellschaften mit. So sieht in Berlin ein bedeutender Teil der Grundstücke im Besitz von 72 Terraingesellschaften und in München von 20 solchen Gesellschaften.

Der Bauherrschaft, ausübt durch "Strohmänner", spielt auch seine Rolle. Das Eigentumsrecht der Gemeinden ist in Deutschland in der Regel auf öffentliche Unternehmungen, zu denen aber nicht die Stadterweiterung zählt, beschränkt. Alles das hat die intensive Bodenausnutzung zur Folge. Das große Miethaus mit hoher Stockzahl sowie vielfach mit unsangreichen Seiten- und Hinterhäusern hat eine höchst unerwünschte Verbreitung gewonnen. Eine erhebliche Mitschuld daran haben auch die Bauordnungen und Bebauungspläne der Städte gehabt. Auch das Fehlen leistungsfähiger und kapitalkräftiger Großbetriebe für den Bau trägt sein Teil zu dieser Entwicklung bei und so müssen wir denn heute mit den in vollkommenster wie sozialer Beziehung schwerwiegenden Mängeln des viertödigen Miethauses, der Mietsäferne, rechnen. Kurz zusammengefasst, charakterisiert sich die Bodenfrage in Deutschland durch folgendes: Überaus starke Preisssteigerung alles Bodens, infolgedessen intensive Bodenausnutzung und weite Ausbreitung einer unerfreulichen Wohnform, hohe unverdiente Gewinne seitens der privaten Besitzer, daher lebhafte Boden-Spekulation, hohe Bodenverschuldung, bei allem auch ungewöhnlich häufiges Hervertreten von Manipulationen.

Die Bekämpfung dieser Erscheinungen kann nur durch ein plantvolles, den örtlichen Verhältnissen sorgsam angepasstes System praktischer Maßnahmen geschehen. Dazu zählt vor allem eine planmäßige Bodenpolitik der öffentlichen Körperchaften; dazu zählt, dass sich die Gemeinden genügend Land sichern, dass sie ihren Landbesitz richtig verwerten, vor allem nur dort Boden zum vollen, erzielbaren Marktpreise verkaufen, wo der Gemeinde nicht die sichere Gewähr gegeben ist, dass ein billigerer Preis auch dauernd billige Mieten bewirkt. Voraussetzung hierbei ist allerdings, dass die Gemeinde alles unterlässt, was den Bodenpreis künstlich in die Höhe schiebt. Dann können die Gemeinden den erworbenen Grund durch Errichtung von Miethäusern selbst ausnützen und ein dritter Weg der Bewertung von Gemeindegrund ist die Übereignung des Geländes an Private auf Grund bestimmter Verträge. Für langfristige Verträge dieser Art bietet das Erbbaurecht, meistens waren aber die Erbbaunehmer gemeinhinjährige Bauvereinigungen. Dazu muss eine entsprechende Umgestaltung der Bebauungspläne und Bauordnung kommen. Nach dem Beispiel einzelner deutscher Staaten (Baden, Württemberg, Sachsen) ist der Erlaß staatlicher Landesbauordnungen

gen erwünscht, die geeignet sind, den örtlichen Bauordnungen bestimmte Richtlinien zu geben.

Eine wichtige Ergänzung dieser Maßnahmen ist dann weiter eine Vermehrung des Baugeländeangebotes, ebenso die allgemeine Erweiterung des Enteignungsrechts der Gemeinden, eine großzügige Entwicklung der Verkehrsmittel zwischen den Städten, Vororten und Nachbargemeinden und ganz besondere Aufmerksamkeit ist endlich der Steuerbehandlung des Bodens zuzuwenden. Das Wichtigste auf diesem Gebiete ist eine Fortentwicklung der Besitzwechselabgabe zu einer Wertzuwachssteuer, wie sie in neuester Zeit in schneller Auseinandersetzung in mehreren großen Städten (s. B. Frankfurt a. M., Köln, Gelsenkirchen, Essen, Freiberg i. S. usw.) eingeführt worden ist. Aber neben der Wertzuwachssteuer kann eine laufende Grundsteuer nicht entbehrt werden, und auch sollen die Errüttlungen der Wertzuwachssteuer, die als Besteuerung von Konjunkturgewinnen schwanken müssen, nicht für allgemeine Gemeindezwecke dienen, sondern für außerordentliche Bedürfnisse, z. B. für Baufonds. Der Überwälzung dieser Steuer auf Mieter und Käufer muß aber durch möglichste Vermehrung und planvolle Verwertung des kommunalen Grundbesitzes, sowie durch Verhütung einer allzu intensiven Bodenausnützung entgegengewirkt werden.

Dieses inhaltsreiche Referat bildete den Höhepunkt der Verhandlungen. Es bietet viel Prinzipielles und wird nicht ohne Nutzen bleiben, wenn die maßgebenden Kreise nur den guten Willen haben, etwas zur baldigen Lösung der Wohnungsfrage zu tun. Geschehen muß etwas, wenn nicht die große Masse des Volkes infolge des Wohnungsschlages körperlich, geistig und moralisch verkommen soll.

### Schwarz-gelbe Parungspläne.

Das Unternehmertum jubiliert neuerdings in den höchsten Tönen über angebliche Erfolge bei der Bildung zuverlässiger Streitbrechergruppen in Form gelber Gewerkschaften. Man freut sich diabolisch, wenn es den Agenten des Reichslügerverbandes wieder einmal gelungen ist, in irgend einem Betriebe eine Anzahl solcher Kreaturen einzusangen, die bereit sind, ihre vorwärtsstrebenden Brüdergenossen im Interesse der Arbeitgeber wie eine bekannte Person aus dem neuen Testament um einiger Silberlinge willen zu verraten. In jedem Falle ist immer wieder ein weiterer Heil in die organisierte Arbeiterschaft getrieben worden. Das bedeutet einen materiellen Gewinn für das Unternehmertum, den man sich schon ein Stück Geld kosten lassen kann.

Dabei verfuhr man bisher so, daß alle anders als "gelb" organisierten Arbeiter, also die freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in einen Topf geworfen und verdammmt wurden, während die gelben Streitbrecherkolonnen als die einzige existenzsicheren Organisationsgebilde galten. Es ist noch allgemein in Erinnerung, daß der bekannte rheinische Großindustrielle Kirdorf auf der vorigen Tagung des Vereins für Sozialpolitik sich ostentativ gegen jede Unerkenntung irgendwelcher Gewerkschaften aussprach und die bekannte "Arbeitgeberzeitung" schrieb im November v. J. unverblümmt:

"Außerdem müssen wir rundaus sagen, daß in gewisser Hinsicht die nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinigungen an Gefährlichkeit ihrer politisch radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Es mag sein, daß sie nicht staatsrevolutionär sind. Aber sie sind wirtschaftsrevolutionär, d. h. sie laufen ebenso wie jene Sturm auf die Position derjenigen Erwerbsklassen, die Bismarck und mit ihm wohl auch seine Amtsnachfolger für absolut unersetzlich im Sinne der geltenden Wirtschaftsordnung erklärte. Auch sie huldigen dem historischen Materialismus und stehen de facto auf dem

Boden des kommunistischen Manifestes. Auch sie wollen zunächst zum mindesten eine konstitutionelle Fabrikordnung, treffen also in ihren wirtschaftlichen Zielen vollkommen mit der Sozialdemokratie zusammen. Dass sie ihre Versammlungen mit einem Hoch auf den König oder mit einem Geheir eröffnen, ändert nichts an der Gefährlichkeit ihrer ökonomischen Umsturzpläne."

Auch jede andere vereinte Arbeiter- oder Angestelltengruppe, bestand sie aus technischen Beamten, Schiffsoffizieren, Grubenbeamten, Kaufleuten, Bankbeamten usw., wurde bisher von dem Unternehmertum sofort mit den drockensten Mitteln bekämpft, wenn sie sich nicht praktisch als dessen willkürige Kreaturen betätigten. So schrieb kürzlich die "Arbeitgeberzeitung" über den zehnten Kongress des deutsch-nationalen Handlungsbündenverbandes, also einer Vereinigung, die geradezu eine Kampforgанизation gegen die freien Gewerkschaften und eine Schutztruppe der reaktionärsten politischen Parteibestrebungen genannt werden kann, weil dieser Kongress in einer Melodie von neunstündigen Arbeitstag, geleglichen Urlaub von 14 Tagen, Sonntagsruhe, gleichmäßigen Laden- und Kontorschluss, Handelsinspektoren, Regelung des Lehrlingswesens und paritätische Arbeitsnachweise gefordert hatte, dazu folgendes:

"Diese willkürlich herausgegriffenen Stichproben dürfen zur Genüge beweisen, von welchem Geiste die Verhandlungen dieses "nationalen" Verbandes erfolgt waren. Man sieht hieraus, daß die nationale Flagge, so erfreulich ihr Erscheinen immer und überall ist, doch keine Gewähr dafür bietet, daß ihre Gefolgschaft wahrhaft bürgerlichen und staatserhaltenden Grundfächern huldigt. Der Buchstabe töbt, aber der Geist belebt. Es kommt weniger darauf an, daß ein Kongress mit einem Hoch auf das Staatsoberhaupt oder sogar mit einer telegraphischen Begrüßung an dieses beschlossen oder eröffnet wird, als darauf, ob in den Teilnehmern wirklich jene Bürgertugenden vorhanden sind, denen Deutschland, denen die heutige Kulturstadt überhaupt alle Erfolge und Fortschritte verdankt."

Auso, wer von den Arbeitgebern irgendwelche ganz selbstverständliche Dinge fordert, wie die hypernational-antisemitischen Handlungsbünden, huldigt nicht jenen "wahrhaft bürgerlichen und staatserhaltenden Grundfächern", die das Unternehmertum im Interesse der ungehinderten Vermehrung seines Profites von seinen Arbeitern unerbittlich fordert. Nur was für schimpflichen Zudaoft zum Verräter an seinen Klassegenossen sich verpflichtet, ist wirklich national und staatserhaltend, sitemalen bei unseren Arbeitgebern national und staatserhaltend all das ist, was ihren Geldbeutel füllt hilft. Wer jedoch von dem Unternehmertum irgend etwas fordert, was den Interessen der Arbeiter dient, kann das Staatsoberhaupt anhören oder antelegraphieren so viel er will, kann beten oder hurra schreien, der ist ein Umsturzler, denn staatserhaltend ist nur der, der den Geldbeutelinteressen unserer Scharfmacher dient.

"Auf die Arbeitswilligen allein nehmen wir Rücksicht!" so hieß es kurz und bündig im September 1908 in dem betreffenden Scharfmacherorgan und so wurde es gehalten bis in die letzten Wochen hinein. Weil die christlichen Hirsch-Dunderschen und noch andere Arbeiter- oder Angestelltenvereinigungen sich im gegebenen Falle auch einmal, ebenso wie dies die freien Gewerkschaften in hervorragender Weise zu tun gewöhnt sind, gegen das Unternehmertum wendeten, deshalb wurden alle zusammengetragen und mehr oder weniger stark bekämpft. Nur einzige und allein ausgemachte Streitbrechervereine fanden Gnade vor den strengsten Herren Industriellen und Jännern.

In letzter Zeit scheint nun ein Wink von gewisser Stelle die Prekmenschen der Arbeitgeberzeitung eine andere Taktik gelehrt zu haben, denn in ihrer letzten Nummer ergreift das Blatt in einer Polemik gegen einen Artikel der "Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz" die Gelegenheit, für die christlichen Gewerkschaften bezw. für einen Schwarz-gelben Block Stimmung zu machen. Der von der "Arbeitgeberzeitung" angegriffene Artikel der "Volkswirtschaftlichen Korresp." gibt es bezeichnenderweise in dem noch

Organismen im fertigen Zustande Organe, die überhaupt keine Funktion mehr erfüllen, sogenannte rudimentäre d. h. zurückgebildete und unnütze Organe, wie z. B. der Blinddarm und die Muskeln des äußeren Ohres beim Menschen. Diese Tatsachen, an die sich hunderte ähnlicher reihen ließen, sind nur verständlich, wenn man berücksichtigt, daß der Entwicklungsgang ebenfalls erblich ist. Unter dem Bilde der Erblichkeit muss jedes Lebewesen einen bestimmten Entwicklungsgang einschlagen. Allerdings wird er nach Möglichkeit vereinfacht, die Individuen suchen sich sozusagen von dieser unangenehmen erblichen Bevormundung zu befreien, so daß der Entwicklungsgang sich immer mehr auf die Ausbildung der eigentlichen Merkmale beschränkt, und nur bei einzelnen Stufen glückt dies nicht, sie erhalten sich zu hartnäckig.

Die obigen Tatsachen sind bekanntlich von Ernst Haeckel kurz so formuliert worden: die (vorgeburtliche) Entwicklungsgeschichte eines Tieres ist die kurze Wiederholung seiner Stammsgeschichte.

Von den Pflanzen ist in diesem Sahe nicht die Rede. Bei ihnen läßt sich dies Gesetz in der Tat nicht gut bestätigen, wie überhaupt entwicklungs geschichtliche Momente weniger gut für die hermanitischen Beziehungen unter den Pflanzen herangezogen werden können. Immerhin gibt es auch hier einige Beispiele. Sie betreffen die Blattformen, die bei manchen Pflanzen im jugendlichen Zustande andere sind als im fertigen. So entwölft z. B. der Lebensbaum nach seiner Reife zunächst Nadeln, ähnlich denen des Buchholzbaums und erst später treten die angedrückten Schuppenblätter auf. Die Blätter neu holländischer Akazien haben gar keine Ähnlichkeit mit den reichgefiederten Blättern der echten Akazien. Sie sind ungefiedert, breit oder linealisch. Die ersten Blätter jedoch, die die jungen Neupflanzen treiben, sind schon ausgeprägte Blütenblätter.

Die Entwicklungsgeschichte der Pflanzen und Tiere hier im einzelnen weiter zu verfolgen, würde zu weit führen. Nur einige Merkmale seien noch angeführt über bestimmte Besonderheiten in dem Entwicklungsgang verschiedener Organismen.

Das betrifft zunächst den Zeitpunkt, wann das junge Lebewesen den mütterlichen Organismus verläßt. Man konstruiert im gewöhnlichen Leben daraus einen dem Leben wichtig scheinenden Gegensatz, indem man von eiterlegenden und lebendig gebärenden Tieren spricht. Der

fürsich auch von der "Arbeitgeberzeitung" nahezu wörtlich genau so abgefassten Sahe: "Tatsächlich zeigt auch die christliche Gewerkschaft in ihren Zielen kaum etwas anderes, als die sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften. Nur weil sie sich noch christlich nennen, werden sie von Leuten, die sich gerne täuschen lassen, als etwas anderes angesehen."

In der Polemik gegen diese Aussage wird nun zunächst zwar ebenfalls erklärt, daß das Gebaren der christlich organisierten Arbeiterchaft bisher dem der sozialdemokratischen Organisationen ähnelt; auch mühten die Arbeitgeber jeder Koalition (Vereinigung) der Arbeiter zum Zweck unaufhörlicher Hinausschraubung der Arbeitsbedingungen grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Dennoch mühten sich die Arbeitgeber ihre Gegner "genauer daran an, an welche Motive für ihr Verhalten denn eigentlich maßgebend sind". Die freien Gewerkschaften dienten der Bekämpfung der bestehenden Gesellschaftsordnung, ohne daß es die große Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter recht wisse. Ein gleiches könnte man von den christlich organisierten Arbeitern nicht behaupten. Wenn sie auch deren Führer noch so exaltiert gebärden, so steht doch zu erwarten, daß im Laufe der Zeit das Verständnis der Führer der Christlichen für die von den Arbeitgebern zur Verteidigung ihres Standpunktes in Anschlag gebrachten Argumente mehr und mehr zunehmen wird und daß sie sich zu größerer Mäßigung bequemen."

Den Unterschied zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften mühten die Arbeitgeber beachten und nicht beide in einen Block werfen und damit "einer Blockbildung auf der anderen Seite Vorwurf leisten". Nachdem dann schließlich noch von den Fortschritten der "Gelben" geredet und konstatiert worden ist, daß die Gelben bisher von den Christlichen in der Hauptrichtung, weil diese fürchteten, Mitglieder zu verlieren, ebenso bekämpft worden sind wie von den freien Gewerkschaften, heißt es viessagend:

"Es wäre aber unklug, diesen Gegensatz (zwischen Gelben und Christen) noch zu verschärfen, denn zum letzten Ende muß dem Unternehmertum doch viel mehr davon gelegen sein, die Zahl seiner Gegner zu vermindern, als sie zu vergrößern. Und da es durchaus nicht erforderlich ist, warum die in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie völlig geeinten gelben und christlichen Gewerkschaften sich zum Gaudium der Sozialdemokratie gegen seitig das Leben schmerzlich sollen, hat man allen Anlaß zu dem bemühen, die christlichen Organisationen für sich zu gewinnen." Und zum Schluss heißt es: "Wir wollen nur daran, daß es uns in Auseinandersetzung der für die christliche und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Betracht kommenden Unterschiedsmerkmale besser erscheint, die Gegner zu teilen, als sie zu einen. Und dies um so mehr, als im Lager der Unternehmer der Solidaritätsgebane gefährdet werden könnte, wenn nicht den durch die Bildung der gelben Verbände seitens der Großunternehmer in eine Ausnahmestellung gebrachten mittleren und kleineren Unternehmern mit der Zeit in irgend einer Form ein Äquivalent geboten wird. Dieses Äquivalent aber kann nur in einer Besserung des Verhältnisses zwischen jenen und christlichen Gewerkschaften bestehen."

Die Deutlichkeit des industriellen Scharfmacherprachthores läßt nichts zu wünschen übrig. Damit die Zahl der Gegner der Unternehmer kleiner wird, müssen die Christlichen den Gelben zugeführt werden und daß das leicht angeht, dafür bürzt dem Arbeitgeberblatt die bei den Gelben wie Christlichen in gleicher Weise vorhandene Scheu vor dem roten Lappen. Die Gegner müssen geteilt werden; also entferne man die Christlichen von den Freien, indem man sie den Gelben einverleibt. So lange dies nicht geschehen ist, ist ihre unbedingte Zuverlässigkeit im Streitbrechen nicht verbürgt. Und ferner muß verhindert werden, daß die kleineren Unternehmer, denen das Glück von gelben Streitbrecherkreaturen nicht so leicht möglich ist wie den Großindustriellen, auf diese nördlich werden und am Solidaritätsgebane einbüßen; also argumentiert die Arbeitgeberzeitung: Den Großindustriellen die Gelben und als Äquivalent den Kleinunternehmern die Christlichen.

Man sieht, die Pläne unserer Scharfmacher sind sehr

Gegen Satz ist aber nicht so wichtig. Aus Eiern entwickeln sich alle Tiere, nur ist die Art verschieden, wo dies geschieht. Die Seeigel, Fische, Frösche, Insekten legen eben befruchtete Eizellen ab, die ganz ihre Entwicklung außen durchmachen; die Schlangen, Eidechsen, Vögel hingegen lassen schon junge in die Eibällen eingeschlossene Entwicklungsläden austreten, in den Eiern mancher Schlangen sind sogar die jungen Tiere schon fertig zum Auschlüpfen, wenn sie gelegt werden. Bei den Säugetieren schließlich macht das junge Wesen seine Entwicklung ganz im mütterlichen Organismus durch, mit dem es sogar zwecks besserer Ernährung verbündet. Eine Ausnahme machen nur die merkwürdigen Schnabeltiere Australiens, welche wie die Vögel Eier legen, aber die aus diesen ausgeschlüpften Jungen säugen, und die Beuteltiere, bei denen die Verwachung des jungen Tieres mit dem mütterlichen Organismus nicht eintreibt. Es ist infolgedessen noch ganz unvollständig, wenn es ihn verläßt und muß noch lange in dem Beutel genährt werden.

Der Zeitpunkt, wann das junge Lebewesen auf eigene Füße gestellt wird, ist ebenfalls verschieden. Bei vielen Tieren entwickeln sich die Jungen direkt auf Kosten der Nahrung, die im Ei mitgegeben wurde oder die vom mütterlichen Organismus vor oder nach der Geburt gespendet wird. So ist es bei den Eiern der Fische, Vögel, Eidechsen und bei den Jungen der Säugetiere. Die Jungen anderer Tiere werden aber schon früher selbstständig und müssen die Kosten der letzten Entwicklungsstufen durch eigene Fleißtätigkeit bestreiten. Sie verbleiben auf gewissen Entwicklungsstufen eine Zeitlang in frei beweglichem Zustande und fressen meist tüchtig. Man bezeichnet sie als Larvenzustände und die Entwicklung solcher Tiere als Verwandlung oder Metamorphose. Doch wollen wir nicht vergessen, daß jede Entwicklung eigentlich eine Metamorphose ist, nur springt sie bei obigen Lebewesen besonders in die Augen. Die jungen Seeigel schwärmen z. B. als Klimmerlarven mit feiner Wimpernhaubeleidung im Wasser, und erst allmählich bildet sich das äußere Hautkleid und die endgültige Form des Seeigels heraus. Solche Klimmerlarven sind ferner verbreitet bei Würmern, Muscheln und Schnecken. Das bekannteste Beispiel für Metamorphose dürften wohl aber die Kaulquappen, die Larven der Frösche und Wölfe, desgleichen die Waden resp. Krallen und Puppen der Insekten darstellen.

weitausgreifend. Was Ausnahmenmaßregeln, Akte der Klassenjustiz, Terrorismus durch schwarze List u. s. w. nicht vermögen, die Reihen der freien Gewerkschaften zu lichten und deren Kämpfe unwirksam zu machen, das soll erreicht werden durch die Sichtung Unorganisierter und Röderung gewisser Organisationsgruppen zu Streikbrecher folonneen.

Wieder haben allerdings die christlichen Gewerkschaften die Gelben mit Worten scharf verurteilt, trotzdem wirb man abwarten müssen, ob die gewöhnlich garnicht so verfehl spottulierenden Wortführer des Scharfmachertums die Christlichen richtig eingeschäfft haben, oder ob diese den ihnen durch die "Arbeitgeberzeitung" angetanen Schimpf in der Zukunft durch besondere Lügen in der Praxis gebührend zurückweisen werden.

Aussallen muß schließlich, daß die Hirsch-Dunderschen in dem ganzen Artikel keinen Wortes gewürdigt werden. Dies kann nur so gedeutet werden, daß man sich dieser von vornherein sicher glaubt. Da die Presse dieser Organisationssuppe mit den reaktionärsten Brekerzeugnissen in der Bekämpfung jeder losquenten gewerkschaftlichen Tätigkeit durch Verbreitung von Reichsverbandslügen wetteifert und die freisinnige Partei, mit der die Hirsch-Dunderschen bekanntlich eng verbunden sind, seit den letzten Reichstagswahlen mit den grimmigsten Feinden der Arbeiter, den Konservativen und Nationalliberalen, auf Weise vom Bildow in ein Kartellverhältnis, die berühmte Partei eingetreten ist, und weil die H.-D. den Besitzungsnachweis für qualifizierte Streikbrüder schon verschiedentlich erbracht haben, ist es nicht verwunderlich, daß die Scharfmacherzeitung glaubt, einen besonderen Nutzen des Liebeswerbens um die Hirsch-Dunderschen gar nicht erst nötig zu haben.

Unsere Kollegen aber mögen aus den Plänen des Unternehmerorgans und dem Verhalten der uns feindlichen Gewerkschaftsgruppen ersehen, daß alles darauf abzielt, die Stotz der frei organisierten Arbeiterschaft zu schwächen. Demgegenüber kann nur helfen: Stärkung und fortgesetzter Ausbau unseres Verbundes!

## Lohnbewegung.

Zugang ist fernzuhalten nach:

Bad Brückenau, Görslitz, Passau, Immendorf i. Allgäu.

Sperren. Neben folgende Werkstätten wurde die Sperre verhängt:

Knothe in Neugersdorf (sächs. Lausitz); Gebr. Meier in Oßnburg i. B. resp. die Kaiserneubauten in Müllheim i. B.; Schwarz, Barankiewicz, Kalecossi und Bankowski in Ostrowo; Max Fritzsche, Oskar Langer und Jos. Görlich in Sagan; Elshlepy in Sonneberg, S.-M.; Bruno Krämer in Zeitz; Klages u. Hohn in Königsberg; Carl Truttmann in Weißwasser.

Sperren, über die innerhalb vier Wochen nicht berichtet wird, werden aus dieser Bekanntmachung gestrichen.

Wegen der Kämpfe im Bauwesen zu Berlin und Erfurt werden die Kollegen vor Zureise gewarnt.

## Aus unserem Berufe.

+ Erfurt. Malermeister als Streikbrecher beim hiesigen Bauarbeiterstreit. Durch den hiesigen Bauarbeiterstreit, der nun schon die 14. Woche dauert, sind bekanntlich unsere Kollegen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine Arbeitslosigkeit wie nie zuvor ist zu verzeichnen, und da das Ende des Streiks noch nicht abzusehen ist, bliden unsere Kollegen nicht gerade mit besonderen Hoffnungen in die Zukunft. Trotz der großen Arbeitslosigkeit hat sich aber noch kein Kollege dazu herbeigeflossen, irgend welche Verdienste zu übernehmen, sie sind viel zu gut organisiert und diszipliniert, als daß sie nicht wissen, daß der Kampf der Bauarbeiter, der hauptsächlich um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt wird, auch uns zu gute kommen muß und daß deshalb die größte Solidarität geübt werden muß. Nun konnten die Streileitungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter aber in einem vor einiger Zeit veröffentlichten Situationsbericht bemerken, daß auch Maler als Streikbrecher fungieren, und es konnte den Anschein erwecken, daß die hier gut organisierten Kollegen das „edle“ Handwerk der Streikbrecher ausübten. Nach von uns angestellten Nachforschungen wurden aber drei leibhaftige, ehrsame Malermeister ermittelt, die den in der Klemme stehenden Bauunternehmern Hausreinigungsdienste leisteten. Es war wirklich lästlich anzuschauen, wie sie anstatt des Pinsels Hammer und Kelle schwangen und wie wir beobachteten konnten, am Ralbteil standen und Möbel für die übrigen Streikbrecher bereiteten. So tief ist in Erfurt unser Handwerk, welches doch von allen diesen Krautern als ein besonderes, mit den übrigen nicht zu vergleichendes bezeichnet wird, gesunken. Und dieselben Leute, welche sonst immer von der Hebung und der Achtung des Handwerks schwafeln, verrichten Streikarbeit, zu der sich jeder anständige, jeder organisierte Arbeiter nicht hergeben würde. Unsere Kollegen werden aber sicher ihren „Meistern“ in Zukunft mit noch größerer Achtung entgegenkommen. Und wenn die Malermeister Wilding, Henschel und Herbst später, wenn die unbarmhärtigen Kollegen wieder einmal einige Pfennige Lohnhöhung fordern, den „Herrn im Hause“-Standpunkt hervorkehren wollen, werden sich diese Figuren doppelt schön ausnehmen. Einstweilen legen wir über diese Notiz in unsere Sammelmappe und werden sie gelegentlich praktisch zu verwerten suchen. Was wir aber von unseren „Meistern“ nach diesen Glanzleistungen zu halten haben, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen, jeder anständige Arbeiter weiß, was für Achtung er Streikbrechern entgegenzubringen hat.

Wunsiedel. Als die Kollegen von hier vor einiger Zeit die Meister daran erinnerten, daß dieselben vor zwei Jahren den Tarif unterzeichneten und verpflichtet sind, auch ihr gegebenes Wort zu halten, kam nicht einmal eine Antwort, als dann die Kollegen die Arbeit niedergelassen, organisierten sich 5 Meister von 16 und rissen den Meisterverband an. Dieser kam dann auch mit starler Hand und trieb einen Kollegen aus seiner Arbeit. Jetzt ist die Tünchner- und Anstreicherarbeit im Schulhausneubau zu machen. Die erste Submission wurde für ungültig erklärt. Inzwischen wurde das Wort bereit, ehe der Tarif erlegt war. Die zweite Submission ergab, daß die vereinigten Weissbindermaster, organisierten und Nichtorganisierten, ein Aufgebot von 30 Proz. hatten, während einer ein Aufgebot von 14 Proz. hatte, eine Differenz von 44 Proz., was circa 10 000 M

ausmacht. Über was die Sache recht eigenartig macht, ist daß hinter diesem Widerstand, das auch den Aufschlag erhielt, ein Darmstädter organisierter Meister steht. Tableau!

Königsberg. Der Obermeister der Königsberger Malerinnung, einer jener Meister, die gewöhnlich keine Gehülfen beschäftigen, ist als Obercharfmacher hinreichend bekannt. Seine vorjährige Kampfesart wird noch in der Erinnerung unserer Leser sein. Er und der einstige „Gewerkschafter“ Pommerer gründeten bekanntlich den „Vokalverein“ der Malergehülfen, um desto besser den ihnen so verhassten Centralverein erdrücken zu können. Es wurde dann nur derjenige eingestellt, der Mitglied dieses Streikbrechervereins war. Auch heute wird noch dieselbe Terrorismus ausgeübt. Und damit die Malermeister in diesem Kampf nicht erschlagen sollen, werden sie von Obermeister Mallien von Zeit zu Zeit angefeuert, nach wie vor ihre „Pflicht“ zu erfüllen. Dieser Lage sind sie von Mallien wiederum „ernahmt“ worden, in dem heiligen Krieg gegen den Centralverband nicht nachzulassen. Der brave Obermeister hat seinen lieben Kollegen folgendes interessante Schreiben gesandt:

Wertiger Herr Kollege!

Im Auftrage des Vorlandes erlaube ich mir nochmals daran zu erinnern, fest an den Vertrag zu halten, den wir mit den Gehülfen abgeschlossen haben, und keinen Gehülfen einzustellen, der nicht dem Vokalverein der Gehülfen angehört und sich auch davon zu überzeugen, ob die Gehülfen dem Vokalverband gegenüber ihre Pflicht erfüllen und ihre Beiträge pünktlich entrichten.

Kommen die Herren Kollegen ihrer Pflicht nicht nach, so riskieren sie, daß der Verband sich auflöst, und wir stehen wieder ohne Rückhalt da. Lassen Sie sich nicht täuschen, die Gehülfen werden nicht streiken, weil wenig zu tun ist. Es kommt zum Streik, wenn wir nicht unser Wort halten, und heute können wir den Verein unterstützen, und unterstützen wir ihn, dann stärken wir uns selbst.

Mit kollegalem Gruß

F. A.: Th. Mallien.

Es muß mit dem Streikbrecherverein trotz aller Unterstützung, die ihm von Seiten der Mallienleute zu teilt wird doch sehr schlecht bestellt sein, sonst würden solche Briefe nicht verschickt werden. Hier wird ganz offen zu geben, daß der Vokalverein der Gehülfen weiter nichts als ein Rückhalt der Arbeitgeber ist. Mallien sagt: „Unterstehen wir den Vokalverein, dann stärken wir uns selbst.“ Daher sollen auch die Meister die Mitgliedsbücher der Gehülfen kontrollieren, ob diese ihre Beiträge bezahlt haben. Ohne diese Nachhilfe scheint es nämlich mit dem Entrichten der Beiträge sehr zu hopern. Wir wissen ja, daß es einige Kreaturen gibt, die aus Bosheit oder hündischer Ergebenheit den Meistern zum Gefallen den Vokalverein hochhalten, aber der großen Mehrheit der Mitglieder muß doch angeht das obigen Schreibens die Schamröte ins Gesicht steigen. Unständige Kollegen müssen sich, wenn sie noch einen Funken Schreng in Leibe haben, sagen, welch eine erbärmliche Rolle sie spielen, wenn sie noch länger der Rahne des Vokalvereins folgen. Es ist wohl erklärlich, daß die Arbeitgeber zu solchen Machinationen greifen, um ihren Profit zu sichern, aber daß es Gehülfen gibt, die sich dazu als Werkzeug gebrauchen lassen und sich somit ins eigene Fleisch schneiden, sollte man wirklich kaum für möglich halten. Wenn werden sie zu der Einsicht kommen, daß ihr Verbleiben im Vokalverein ein Verrat an den eigenen Interessen ist? Es ist wenigstens gut, daß man den Centralverein doch nicht hat niederringen können. Das ist den Arbeitgebern trotz des schmählichen Vorgehens nicht gelungen. Es ist nur Aufgabe der Königsberger Kollegen, dafür zu sorgen, daß sich niemand in den Vokalverein hineinpressen läßt. Die Parole muß vielmehr lauten: Heraus aus diesem elenden Streikbrecherverein! Werden Kollegen entlassen, weil sie sich weigern, dem Verband der Mallien und Genossen beizutreten, so ist das sofort im Bureau, Krönchenstraße 4, zu melben.

+ Landau (Pfalz). (Situationsbericht.) Unter den Kollegen hier in Landau macht sich in letzter Zeit eine Kluft unheimlich, die dem Verbalen der christlichen Faziale zuzuschreiben ist. Endem die Mitglieder sowie die Ortsverwaltung der Christlichen die Eltern der Kollegen zu bestimmen versuchen, auf ihre Söhne einzuhören, daß diese aus unserem Verband austreten oder aber die eben erst aus der Lehre entlassenen sich dem christlichen Verband anschließen. Charakteristisch ist wohl der Schlusselfeld, der in den Worten eines Christlichen nach einer Verhandlung mit dem Vater eines unserer Mitglieder gipfelte: „So, wenn das nicht hilft, so wird der Herr Vater Ihnen noch das nötige sagen!“ Und doch stellen sich die Christlichen immer hin, als wenn sie mit der Geistlichkeit nicht im geringsten in irgendeiner Beziehung ständen. Das unsere Brüder in Christo es mit der Wahrheit auch nicht genau nehmen, musste unser Vorsthende in einer unfreiwillig beigebrachten christlichen Holzarbeiterversammlung mit anhören. Nachdem die „Freie Diskussion“ einen ziemlich starken Wippstock erhalten, stellte der Referent (ein gewisser Baumann-Karlsruhe) bei seinem Versuche, die freien Gewerkschaften als sozialdemokratisch zu stampfen, die Behauptung auf, daß gerade der Verband der Maler auf der Rückseite seiner Aufschriftscheine eine Aufforderung zum Abonnement einer sozialdemokratischen Zeitung enthalte. Die Gelegenheit, diese Behauptung als Unwahrheit zurückzuweisen, wurde uns genommen, indem man sich auf die Geschäftsordnung befreit, sowie den Abgang des Zuges vorsichtige. Unter Protest, wobei wir bemerkten, daß persönliche Bemerkungen auch nach dem Schlusswort statthaften dürfen sowie die Richtigstellung der Absatzzeit des Auges (der erst in einer Stunde abging) vermochte nicht, diese Herren dazu zu bewegen, uns das Wort zu erteilen und werden wir vom Referenten bei passender Gelegenheit den Beweis fordern. In der am 6. Juli einberufenen Generalversammlung berichteten dann auch noch einige Kollegen der Werkstatt Weißbrenner, mit welchem Terrorismus gerade hier die Christlichen auf unverschämte Kollegen eingewirkt. So drangen zwei Leute der Christlichen auf den Kollegen Kiefer, der erst aufgelernt hat und bei uns organisiert ist, ein mit den Worten: „Wenn Du nicht in den Christlichen Verband übertrittst, dann sollst Du mal sehen, wie weit Du kommst!“ Nachdem derselbe dies nicht getan, wurde derselbe am 6. Juli entlassen. Doch wird diese Angelegenheit in einer gemeinsamen Sitzung besprochen und Rechenschaft gefordert werden. Aus dem hier Ungerührten ersehen die Kollegen, daß uns nicht das Unternehmen daran hindert, die Organisation hoch zu bringen, sondern die

eigenen Mitarbeiter. Das nennt man dann in der christlichen Organisation „Wahrung der Interessen der Berufskollegen“. Hoffentlich kommen die irregulären Kollegen recht bald zur Einsicht.

+ Mainzheim b. Freiburg i. Br. (Situationsbericht.) Bereits drei Wochen sind verflossen, seit hier die Sperre über die Firma Gebr. Maier, Offenburg, verhängt wurde. Am 14. Juli gelang es uns, von den bei dieser Firma damals beschäftigten Kollegen sieben in den Verband aufzunehmen und wurde in einer Versammlung eine Kommission gewählt, die am Sonntag bei Herrn Maier vorstellig wurde, aber nichts ausrichten konnte, da dieser Herr uns rundweg erklärte, auf nichts eingehen zu können. Wir gingen dann nochmals in Begleitung seiner sieben Arbeiter zu ihm, um ihm mitzuteilen, daß sie am Montag nicht mehr arbeiten würden und ihr Geld verlangten. Darauf erklärte Maier, er müsse sich erst mit seinem Bruder ins Vereinnehmen seien und wolle am Montag mit uns weiter verhandeln. Der Tarif mit der Gültigkeit ab 22. Juli wurde an diesem Tage unterzeichnet. Maier, der bei den Verhandlungen sagte: „Da wo die Unterschrift ist, ist auch der Kopf!“ scheint sich nicht mehr zu erinnern, was er unterschrieben: hat er doch die Stirn besessen, die 4 Kollegen, die noch bei ihm arbeiten, aus dem Verband herauszukommandieren und versucht nun die Sperre illustatisch zu machen durch Freiburger und andere Zeitungen, in denen er Malergehülfen sucht; er hat dabei aber wenig Glück, denn wenn die Kollegen zwei oder drei Tage bei ihm arbeiten, so sind wir gewiß wieder da, um sie wieder abzufangen. So haben wir ihm vorgestern 3 Mann und gestern wieder 3 abgefangen und zur Abreise bewogen. Die Bauleitung wird auch bereits ungeduldig und glauben wir begründete Hoffnung zu haben, daß ihm ein Teil der Arbeit zugunsten eines anderen Meisters entzogen wird. Wir warnen sämtliche Kollegen nochmals, bei dieser guten Firma in Arbeit zu treten, da wir uns außerstande sehen, die Sperre aufzuheben.

+ Worms. Deßentliche Versammlung vom 3. August. Tagesordnung: „Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der jetzigen Zeit und die Rückständigkeit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Worms.“ Trotz dieser wichtigen Tagesordnung fand es ein großer Teil der Kollegen nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen. Der Referent Kollege Marggraf-Frankfurt führte in seinem 1½stündigen Referat Folgendes aus: Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse sind derartig gestaltet, daß man statt auf Besserung, auf eine weitere Verschlechterung rechnen kann und daß die Errungenschaften der Organisation in den letzten Jahren in Frage gestellt werden. Dazu kommt noch, daß die Lohnkämpfe immer erbitterter werden und daß man selbst bei ganz geringfügigen Forderungen derartig mit dem Herrenstandpunkt der Unternehmer zu rechnen hat, daß man sich wochen, ja monatlang auf Kämpfe vorstellen muß. Zum großen Teil trägt hierzu auch die Schanzkonturen und Submission der Unternehmer sowie die verbundene Interesse- und Bedürfnisslosigkeit der indifferennten Kollegen bei, welche wie Maschinen geistlos zur Arbeit kommen und ebenso wieder weggehen, um bloß gearbeitet zu haben. Von höheren Genüssen des Lebens wissen diese nichts. Gute Bücher, Theater, Concert, Kunstsässungen u. dgl. m. existieren für die indifferente Masse nicht. Das unter diesen Umständen von einer freudigen Arbeit keine Niede sein kann, ist leicht zu verstehen und es ist deshalb Aufgabe der Organisation, die Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien und die Arbeit zu einer frohen und freien zu machen. Wenn man dazu in Betracht zieht, daß der Beruf der Maler und Tüncher einer der ungefürsteten ist, dann sollte man doch meinen, daß die Kollegen mit Freude der Organisation beitreten würden, als gute und unerbittliche Kämpfer gegen den Kapitalismus, um demselben die Quittung für das Unnos der Sünden, die er ausgeführt hat, auszustellen, wie z. B. Boden- und Wohnungsmärkte, die hohen Lebensmittelpreise usw. Doch weit gefehlt. Instatt ihre Pflicht zu erkennen und zu tun, tummeln sie interessenos umher, so daß sie, anstatt voranzugehen, hinter den Unternehmern herkommen und sich ihre (bei Unternehmer) Solidarität noch zum Vorbild nehmen können. Weiter führt der Referent noch vor, was die Organisation ihren Mitgliedern gewährt in den verschiedenen Unternehmenszweigen, wie Kranken-, Sterbe-, Steigeld, Rechsschutz u. dgl. erwähnt aber auch, daß deshalb die Organisation doch nicht als Mefstuh zu betrachten sei, sondern als Kampforganisation, welche sich als Ziel Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Kampf mit den Unternehmern gesetzt habe. Die Kollegen sollten deshalb treu zur Organisation halten und sich nicht von den Unternehmern überreden lassen. Wenn auch manche von diesen ohne sichtbaren Druck oder Zwang den Arbeitern den Lohn erhöhen, scheinbar aus eigenem Antrieb, so ist dies doch immer auf die Organisation zurückzuführen, welche die Unternehmer doch gewissermaßen dazu zwang, so zu handeln. Wir dürfen deshalb nicht die Hände in den Schopf legen, sondern müssen unsere ganze Kraft einsetzen, ein jeder von uns muß ein unablässiger Agitator sein, denn nur der gesamten Arbeit der Kollegen ist es gelungen, unsere Organisation auf ihren jetzigen Stand zu bringen. Viel muß noch gearbeitet werden, denn erst 40 Prozent der in unserem Berufe tätigen Kollegen sind Angehörige der Organisation. Wir müssen deshalb unsere ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellen und alles aufbauen, um auch den letzten organisierten Kollegen den Preisauflauf der hiesigen Bäcker, Metzger, Verzte und Käsekänsandler, so ist zu erleben, was eine gute Organisation vermag und nur Einigkeit macht stark. 2. Weiter haben die hiesigen Maler- und Tünchermeister eine Werkstattordnung ausgeschüttigt, wonach die 10stündige Arbeitszeit kein soll. Natürlich sind zwei Werkstätten vorhanden, die lieber wieder 11 Stunden arbeiten. 3. Im April d. J. hat der Verband der Maler, Lackierer- und Weißbindermeister vom Großherzogtum Hessen an das Ministerium eine Eingabe gerichtet, in der um Erhöhung der vor drei Jahren festgelegten Preissätze gebeten wird. Bearbiund ist diese Eingabe in der Hauptstadt mit der eingetreteten Steigerung der Löhne, welche auch eine weitere Erhöhung für 1907 erwartet haben. In Worms ist jedoch bis heute noch kein Kollege, der eine Zulage erhalten hat. 4. Von der Fleischverordnung haben sich die Herren Meister hier schön gedrückt, indem sie keine Räume bei der Arbeitszeit haben und sind deshalb der Meinung, auch Seife, Bürste und Handtuch usw. nicht zu stellen. Eine

Kontrolle behörlicherseits wäre hier dringend am Platze. In seinem Schlussswort richtete Kollege Marggraf noch einen kräftigen Appell an die Kollegen, seine Auseinandersetzungen unter die Indifferenten zu bringen und zu beherzigen, daß nur einer für Alle und Alle für einen unser Wahlprinzip sein kann. Venerkt wurde noch eine Submissionshöhe von Wohnhäusern an der Bahn, wonach die Höchstförderung 2880 M und die niedrigste 1643 M betrug. Hierauf Schluß der Versammlung.

### Literarisches.

Soeben erschienen: 12 Referententafeln über die Alkoholfrage. Mit Leitsätzen von Dr. med. Holtscher. Preis pro Tafel 1.80 M., ca. 12 Tafeln auf einmal bezogen. 20 M. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund, Joh. Michaelis, Berlin S. 42, Luisenstr. 55. Da diese Tafeln vor allen Dingen sehr preiswert sind — sollten sie sich alle interessierenden Referenten zulegen. Vorzüglich sind auch die Leitsätze, die in wenigen Zeilen alles Willenswerte enthalten. Als Anhänger in Krankenklassenlokalen, Wartezimmern usw. dürften die Tafeln ihre Wirkung nicht verfehlten.

"Der jugendliche Arbeiter". Von dieser flott redigierten Zeitschrift unserer Jugendlichen ist soeben die Augustnummer erschienen. Sie bringt außer dem sonstigen lehrreichen Inhalt ein schönes Bild des neu erbauten Ottakringer Arbeiterheims und eine Würdigung der Bedeutung des Baues. Wir empfehlen allen Genossen und Organisationen wärmstens das Abonnement des "Jugendlichen". Jahresprix samt Postzusendung 1.50 M. Administration Wien VI/2, Gumpendorferstr. 89. Korrespondenzartikel genügt.

Arbeit und Trunk. Vortrag von dem Parlamentsmitglied John Burck. Übersetzt von G. Wilder. Verlag: Brüder Gutschmidt, Wien X, Keplerplatz 4. Preis 40 M.

Arbeiter-Sekretariat Barmen. 7. Jahresbericht 1906.

Arbeiter-Sekretariat Brandenburg a. H. 1. Jahresbericht für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1906.

Protokoll über die Verhandlungen des 9. Verbands-tages der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands vom 7. bis 14. April 1907 in Hamburg.

Centralverband der Zimmerer u. verw. Ber. Deutschlands. Erste Publikation aus den statistischen Erhebungen im Monat August 1906. Wohnorte und Anzahl der ermittelten Zimmerer und der Organisationsverhältnisse. Verlag: F. Schröder, Hamburg.

Der in seinem 32. Jahrgange vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1908 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg) enthält u. a.: Kalendarium. — Statistisches. — Rückblad. — Messen und Märkte. — Ein Kreislauf des Jahres. — Nahrungsmittelverfälschung und Volksnährung. Von

Emanuel Burn. — Die Seiten meiner Laute. Gedicht von Fred Meyer-Balke. — Der Norweger. Erzählung von Wilhelm Schäfer (mit Illustrationen). — Vor dem Streit. Gedicht (mit Illustrationen). — In einer kleinen Gemeinde. Von Dr. Albert Südlum. — Winterwanderung. Gedicht von Ernst Prezong. — Revolution in der Erde. Von Dr. Bruno Borchardt (mit Illustrationen). — Sprüche. — Die Frau im alten Rechte. Von Ulrich Udo. — Sklavenlos. Gedicht von Hans Hart. — Eine merkwürdige Sonnenfinsternis. Von Felix Linke (mit Illustrationen). — Goldene Worte. — Die Kompostschüssel. Eine Rentengeschichte von Eduard Gräf (mit Illustrationen). — Zur Praxis der sozialistischen Kindererziehung. Von Heinrich Schulz. — Unser Los. Gedicht von Ludwig Lesser. — Einiges aus der Gewerbe-Hygiene. Von Dr. St. Silberstein (mit Illustrationen) usw.

Protokoll der 2. ord. Generalsversammlung des deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes. Verlag J. Michaelis, Berlin S. 42, Luisenstr. 55.

Protokoll der 14. (außerordentl.) Generalsversammlung des Deutschen Geneselber-Bundes in Hannover vom 1. bis 5. April 1907. Preis 10 M.

### Sterbehafel.

Altenburg. Am 2. August starb unser Kollege Hermann Wagner im Alter von 39 Jahren an der Proletarierfrankheit.

Breslau. Am 8. d. Mts. verschied unser Kollege der Lackierer Fritz Bräuer im 22. Lebensjahr.

Duisburg. Am 11. August starb unser Kollege Wilhelm Hidding an Lungenentzündung.

Sonderburg. Am 10. d. Mts. starb unser Kollege Alfred Hoy im Alter von 21 Jahren am Typhus.

Ehre ihrem Andenken.

### Vereinsteil.

### Bekanntmachung.

Im Laufe dieser Woche, zum Teil mit dem Vereins-Anzeiger, werden Befehlsarten mit Vordruck für Material und beitragsfreie Marken verlandet. Wir ersuchen dringend, bei Bestellungen diese Karten zu benutzen.

Duplicatae wurden ausgestellt für die Kollegen: Erefeld: Weselowski, Paul, Buchn. 60265, bez. 11 W. 07; Breslau: Krautwurst, Georg, Buchn. 24784, bez. 28 W. 07; Frankfurt: Stoß, Christian, Buchn. 14520, bez. 26 W. 07.

Der Vorstand.

### 3 bis 4 Malergehülfen und Anstreicher

finden per 1. September eventl. früher gut bezahlte dauernde Stellung bei.

D. Schröder, Malermesser, Bad Irlmenau i. Thür.

### 3 bis 4 tüchtige ... Lackierer ...

wenn auch jüngere Leute, finden sofort dauernde Beschäftigung in der Wagenfabrik

W. Hohmann, Calbe a. S., bei Magdeburg.

Friedrich Rüssel, Maler, soll als vernommen werden und wird gebeten, seine Adresse umgehend abzugeben an August Kappe, Bergshofen 6, Dortmund. [M. 1.]

Bitte die Herren Kollegen um den Aufenthaltsort des Malers, Kollegen Martin Wurster.

Otto Bühlmann, Dessau, Friedhofstr. 5

### Filiale Eisenach.

Arbeits-Nachweis von 7-8 Uhr abends im "Fröhlichen Mann"; Sonntags von 11-12 Uhr vormittags.

Mitschauen verboten.

### Filiale Magdeburg.

Den Verwaltungen und Kollegen zur Kenntnis, daß alle Beseitigungen zu richten sind an Franz Peter, Bureau, Tischlerkrugstr. 22. I. Bereitende Kollegen werden erachtet, sich unbedingt im Bureau zu melden. Arbeitsnachweis: Wochentags 8-9 morgens und 1/2-8 Uhr abends, Sonntags von 11-1 Uhr.

M. 2.201 Die Verwaltung.

Empfiehlt den Genossen mein Freund Logis, sowie Mittags- und Abendisch in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Stramm  
Berlin SO., Ritterstr. 123.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amoretten, Jagdstücke, Tiere etc. (naturnah). Ph. Brühl, Oessien i. Westf.

### Soeben erschienen:

### Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben von der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Verlag: A. Tobler, Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der im vorigen Jahre aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zählstelle beziehen, nur 1 Mk.

### Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingeschriebene Hülfklasse Nr. 71.)

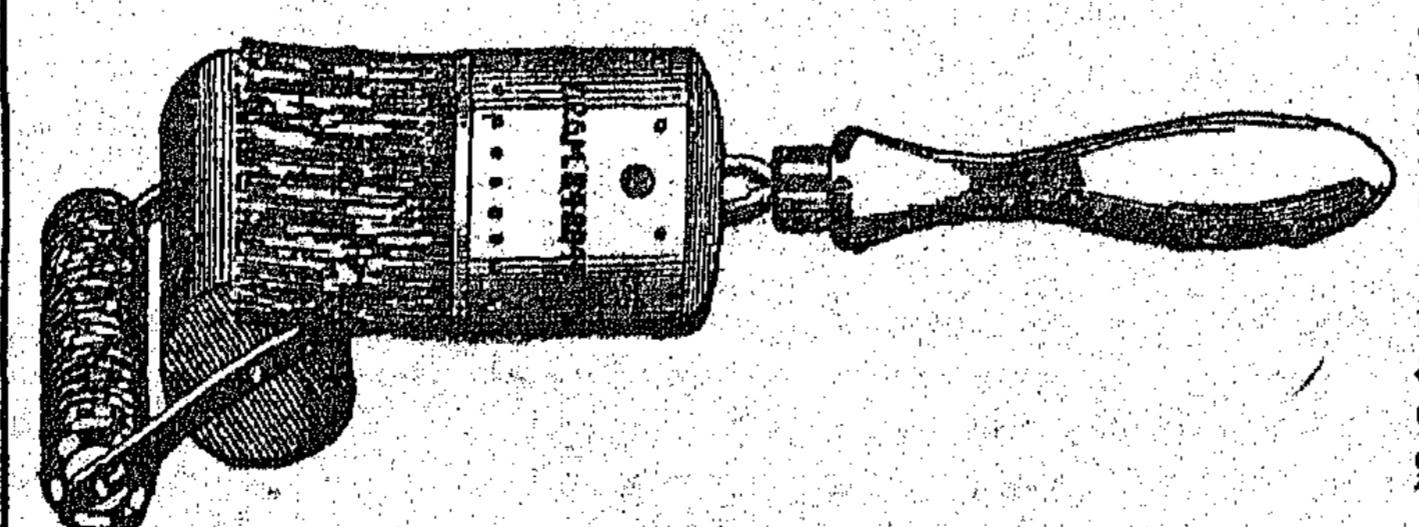
Eintrittsgeld 2 Mark. Wöchentlicher Beitrag Mark 0.60. Krankengeld pro Wochentag Mark 2.10, für 26 bzw. 52 Wochen. Sterbegeld Mark 110. Kassenvermögen am Schluß des Jahres 1906 Mt. 226.267,37; in über 150 Städten hat die Kasse örtliche Verwaltungsstellen errichtet, und wird den Kollegen der Beitritt empfohlen.

Der Vorstand.

### MALESCHULE HAMLEN a. d. Weser.

Erfolgreicher Unterricht in der Dekorations-, Holz und Marmormalerei, sowie Vorträge, Buchführung, Berechnung von Arbeiten durch bestätigte Fachlehrer. Gegründet 1896. Separate Lehrsäle. — Prospekte frei.

### Porenrollen Weiershausen.



Preis per Paar Mark 6.— besteht aus folgend. Bretten: 1 Boll und 2 1/2 Boll. Auch einzeln zu beziehen. 3 Boll Breite Mark 4.50.  
Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19, Schule für Holz- u. Marmor-Imitation. Beginn: 15. Okt. — 15. März. Prospekte gratis.

### Düsseldorfer Malerschule für Dekorationsmaler

Bekannt beste Schule. — Gegründet 1887. — Fachgemäßer Unterricht. Keine Zeitverschwendungen. — In jeder Richtung tonangebend. — Höchst prämiert. Über 500 Anerkennungsschreiben. — Man verlange kostenlosen Prospekt.

Heinrich Weischede, Düsseldorf-Oberkassel, (vormals Weischede-Mahlberg.)

### Detmolder Malerschule

Spezial-Lehrkräfte für Dekorations-Maler. — Holz, Marmor, Schrift. Prospekt frei.

Fritz Pfeiffer (Schwab) wo steht Mart Schmitt.

### Maler - Schule C. Karde, Kiel.

Vericht der Hauptklasse vom 18. bis 19. August.

Gingesandt wurde:  
Reichenhall M. 35.—; Saarbrücken 200.—; Elberfeld 500.—; Kiel 800.—; Crefeld 250.—; Wilhelmshaven 200.—; München 800.—; Eilsit 5.20; Dortmund 500.—; Göttingen 180.—; Bielefeld 300.—; Coblenz 70.—; Breslau 1200.—; Halberstadt 125.—; Salzwedel 5.50; Frankfurt a. M. 3.—; Gießen 400.—; Halle 300.—; Neubergdorf 100.—; Nordhausen 92.30; Bremerhaven 446.40; Sonneberg 82.90; Worms 100.—; Altenburg 100.—; Hannover 800.—; Cassel 600.—; Breslau 350.—; Zwiedau 300.—

Berichtigung. In der Quittung in Nr. 80 ist nachzutragen: Lauterbach 10.20 M.; in Nr. 81: Görlich 100.—; Kiel 800.—. In Nr. 80 muß es unter Hamburg statt 1724.62 M heißen 2800 M. Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken. Br. = Brotschuppen. D. = Duplikatsmarken. F. = Butterale. Bielefeld 1200 W. a. 55 M., 10 D.; Bromberg 400 B. a. 20 M.; Cassel 600 W. a. 50 M., 100 E.; Coblenz 20 E.; Danzig 1200 W. a. 50 M.; Ewerwalde 800 W. a. 50 M.; Flensburg 1200 W. a. 50 M.; Gotha 3200 W. a. 50 M., 100 E.; Hamburg 20.000 W. a. 20 M.; Kiel 800 W. a. 50 M.; Liegnitz 100 W. a. 45 M., 50 E.; Magdeburg 30 F.; Marburg 50 B. a. 45 M.; München 8000 W. a. 60 M.; Regensburg 30 E.; Saalfeld 100 W. a. 45 M.; Sagan 8 Br.; Werden 1 E.

H. Wentler, Kassierer.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingeschriebene Hülfklasse Nr. 71.)

Vericht des Hauptkassierers vom 11. bis 17. August 1907. Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingezahlt von Markstein-München 500 M.; Mex-Lissa 1.500 M.; Schiller-Charlottenburg 400 M.; Hoffnung-Cöln a. Rh. 400 M.; Wehr-Hamburg-St. Georg 400 M.; Besser-Friedrichshagen 100 M.; Burgs-Eberswalde 60 M.; Richter-Witten 50 M.; Struck-Göttingen 30 M.; Intemann-Dresden 400 M.; Stahmer-Swinemünde 100 M.; Krake-Upolda 100 M.; Kame-Bremen 100 M.

Krankengelder erhielten Buchn. 2145 C. Hirsch in Druckmühle bei Alt-Landsberg 25.20 M.; Buchn. 14.820 D. Oberhardt in Ursus 25.20 M.; Buchn. 14.806 H. Stefens in Meldorf 25.20 M.; Buchn. 3475 M. Gellert in Angermünde 12.60 M.

Sterbegeld wurde gezahlt für H. Peter Buchn. 30.991 in Rothfelde, Kreis Wolfshagen.

Der 2. Nebenkondontheitrag in diesem Jahre, welcher durch Wochenbeitragsmarken zu quittieren ist, ist im Monat August zu erheben.

J. H. Bülle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

### Erstklassige Kölner Holz- u. Marmorschule Georg Haaf, Köln a. Rh., Große Brinkgasse 9.

Beginn der Kurse 1 November bis 15. Februar  
Eintritt jederzeit - Keine Zeitverschwendungen  
Einfache und praktische Methode - Zahlreiche  
Anerkennungen von Schülern - Für gute  
Ausbildung Garantie - Für ältere Schüler  
separater Raum - Prospekt frei.

### Malerschule Buxtehude

Größte Schule für Dekorationsmaler.

1906 wieder goldene Medaillen und  
Ehrenpreise.

Progr. d. Direktor Elserwag.

### Maler - Mäntel,

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität

Umlegeträger, schräge Taschen

110 120 130 140 cm lang

3.— 3.10 3.25 3.40 M.

Wüsten 40 M., Riegel-Hosen 2.10 M., Dreihosen und Sacken von Leinen a. 2.80 M.

Extra-Größe per Stück 3.— M.

D. Wurzel & Co., Berlin,

Brückenufer 18, I.

### Selbstunterricht in der Holz- und Marmormalerei unübertroffen!

Borlagen erste Spezialität, Handarbeit, Füllungsgröße mit leicht fühlbarer Anleitung. Desgl. gemalte Blumen und Landschaftsvorlagen.

C. u. O. Breiter,  
Holz-, Marmor- und Dekorationschule  
Bremerhaven, Grünestr. 60, II.

### Malerschule Gotha

Wirklich praktische Schule

Auf der Höhe der Neuzeit.

Ueberraschend sicherer Erfolg.

Mäßiges Schulgeld. Prospekt frei.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 88 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Mart

Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17.

Verlag von H. Wentler, Hamburg 22.

## Eine belgische Bleiweißverordnung.

Um 18. Mai 1905 wurde in Belgien eine königliche Verordnung erlassen über die Verwendung des Bleiweißes bei den Malerarbeiten auf Bauten. Diese Verordnung wurde auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1899 erlassen, welche sich auf die Gesundheit und die Sicherheit der in gewerblichen und laufmännischen Unternehmungen tätigen Arbeiter bezieht. Die offizielle Verlautbarung fand im Anzelsblatt, dem Monitor, vom 21. Mai 1905 statt. Eine ergänzende Ministerialverordnung wurde am 1. August 1905 erlassen. In dem in französischer Sprache herausgegebenen Jahrbuche der Arbeitsergebnisse, die vom belgischen Arbeitsamt veröffentlicht wird, finden sich die Verordnungen in ihrem Wortlaut veröffentlicht. Wir geben den wesentlichsten Inhalt hier wieder. In den Unternehmungen der Malerei auf Bauten und in dessen Nebengewerben ist der Gebrauch und die Verwendung von Bleiweiß ebenso wie das Abreissen und die sonstige Behandlung von mit Bleiweiß bemalten Blechen besonderen Bestimmungen unterworfen. Die Meister und die Unternehmer, die das Werkzeug für die Herstellung und das Kneten der Bleiweißfarben haben, sind gehalten, dem Fabrikinspektor den Ort mitzuteilen, wo sie diese Werkzeuge benutzen. Das Kneten der Bleiweißfarben muss in einer Weise geschehen, daß die Arbeiter nicht in Verführung kommen mit dem dabei entstehenden Staube. Der Transport des pulverförmigen Bleiweißes muss in festgeschlossenen Gefäßen geschehen, das Ausschütten muß mit aller Vorsicht ausgeführt werden, um das Entstehen von Staub zu hindern. Der Boden der Arbeitsräume, in denen diese Operationen vor sich gehen, muß häufig mit Wasser bespritzt werden. Das Werkstück und alle übrigen Betätigungen mit pulverförmigem Bleiweiß und geknetetem Bleiweiß und mit jedem anderen Körper, der Bleiweiß enthält, muß in einer Weise vor sich gehen, daß jede Berührung der Masse mit den Händen und jedes Entstehen von Spritzflecken verhindert wird. Die Unternehmer und Meister sind verpflichtet, alle Vorkehrungen für diesen Zweck zu treffen. Sie haben auch dafür zu sorgen, daß das Werkzeug reingehalten wird. Es ist verboten, trockene Wände, die mit Bleiweiß bemalt sind, abzureißen und zu bimensen. Eine Ausnahme soll nur gestaltet sein für die frisch beworfenen Wände und für die Gesimse und Fugen. Die Unternehmer beziehentlich Meister sind verantwortlich, daß die Arbeiter Kleider und Kopfschutz haben, die bloß für diese Arbeit benötigt werden. Die Kleider, welche die Arbeiter ablegen, wenn sie die Arbeit beginnen, müssen an einen Ort gebracht werden, wo sie vor jeder Verführung mit giftigen Stoffen geschützt sind. Die Unternehmer müssen zur Verfügung ihrer Arbeiter sowohl auf den Arbeitsstätten, wie in ihrer Werkstatt Wasser und das sonst notwendige zur Steinigung des Mundes und zur gründlichen Ableitung des Körpers und der Hände sowie zum Abtrocknen stellen. Die Unternehmer und ihre Angestellten sollen darüber wachen, daß das Personal, so weit es mit giftigen Stoffen in Verführung kommt, vor dem Genuss von Lebensmittel und Getränken und vor Verlassen der Arbeit sich gründlich reinige. Die in die Werk- und Arbeitsstätten gebrachten Nahrungsmittel sollen in gut verschlossenen Schachteln oder dergl. verschlossen bleiben bis zum Augenblick des Genusses. Durch einen approbierten Arzt, der von dem Arbeitsminister bezeichnet ist, sind sämtliche Arbeiter, die mit Bleiweiß in Verführung kommen, vierteljährlich einmal zu untersuchen und zwar auf Kosten der Unternehmer, der auf Grund eines durch Ministerialverordnung festgestellten Tarifes zu honoriert ist. Die Unternehmer werden von den gefährlichen Arbeiten alle bleiigen Arbeiter ausschließen, die an chronischer Bleivergiftung leiden und die Symptome wiederkehrender Vergiftung aufweisen. Sie werden auf Zeit diejenigen Arbeiter von der Beschäftigung mit Bleiweiß fernhalten, deren allgemeiner Gesundheitszustand zur Zeit der Untersuchung unbefriedigend war. Auf Elften, die von dem Ministerium vorgeschrieben sind, hat der Arzt alle bei seinen Untersuchungen gemachten Feststellungen einzutragen. Dieses Register ist dem Vertreter der Verwaltung bei jedem Besuch vorzulegen. Die Unternehmer müssen es unterlassen, zur Trunkfahrt neigende Arbeiter zu beschäftigen, sie haben das Hineinbringen und den Genuss alkoholischer Getränke in die Arbeitsstätten und Werkstätten zu untersagen.

Den Arbeitern ist es untersagt, die Beförderung pulverförmigen Bleiweißes auszuführen, bevor sie sich versichert haben, daß die Gefäße luftdicht verschlossen sind. Beim Schütten des Bleiweißes von großen in kleine Gefäße muß mit aller Vorsicht und Vorsamkeit vorgegangen werden, um das Entstehen von Staub zu verhindern. Die Arbeiter, welche mit Bleiweiß, sei es in Pulver oder in getrockneter Form zu tun haben, oder mit Bleiweiß in anderer Form zu arbeiten haben, sollen in einer Weise tätig sein, daß eine Berührung des giftigen Stoffes mit den Händen und das Verspritzen von Farbe ausgeschlossen sein soll. Auch sonst sind die Bestimmungen, die den Unternehmern auferlegt sind, in besonderen Paragraphen den Arbeitern vorgeschrieben. Die Arbeiter werden unter anderem auch verpflichtet, sich den beauftragten Ärzten zum Zweck der Untersuchung zur Verfügung zu stellen.

Die Fabrikinspektoren und ihre Vertreter sollen die Durchführung dieser Verordnungen überwachen. Die üblichen, nicht allzu strengen Strafen sind auf die Verfehlung dieser Bestimmungen gesetzt.

Die schon erwähnte Ministerialverordnung bestimmt die Entschädigung der Arzte, die so gering ist, daß eine gründliche Untersuchung der Arbeiter als Regel nicht angenommen werden kann. So heißt es, daß 4 M für die regelmäßige Untersuchung von 10 Arbeitern zu zahlen ist und 80 M für die Untersuchung von je weiteren 10 Arbeitern oder einem Bruchteil desselben. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine so lächerlich geringe Bezahlung zu oberflächlichen Erhebungen führen muß, so daß die an sich recht begründete Einrichtung der zwangsweise ärztlichen Untersuchung in hohem Maße an Wert verliert.

Auch sonst vermögen wir dieser königlichen Verordnung außerordentlich wenig abzgewinnen. Sie mag in dieser oder jener Hinsicht vor der deutschen Verordnung manchen Vorteil haben. Sie wird aber ebenso wenig die Bleitränken verschwinden machen, wie die deutsche

Verordnung. Jede Möglichkeit, die Durchführung zu überwachen, die Unternehmer zur Einhaltung der Bestimmungen zu zwingen, ist ausgeschlossen. Auch an die Arbeiter werden eine Reihe von Forderungen gestellt, die auszuführen oft unmöglich ist und die zu erzwingen, nicht denkbar ist.

Genau so wie bei der Kritik der deutschen Verantragung müssen wir auch hier zu der Überzeugung gelangen, daß bloß das Verbot der Verwendung von Bleifarben den schweren Vergiftungen unserer Kollegen ein Ende zu machen vermag.

Die Tatsache, daß man in Belgien wie in Deutschland mit halben Verordnungen gegen die Bleiweißgefahr vorgeht, die gleichzeitige Erscheinung, daß es Jahre bedarf, bis das französische Gesetz, das die Verwendung des Bleiweiß untersagen soll, in Kraft tritt, beweisen uns klar, daß der Kapitalismus ohne Scheidung durch die Landesgrenzen in gleicher Weise vor jedem energischen Eingreifen zu Gunsten der Arbeiter zurücktrekt, selbst dann, wenn das Leben und die Gesundheit der Arbeiter aufs schwerste gefährdet ist und wenn nur ein kleines und auch nur scheinbares Interesse des Kapitalismus dem Schutz der Arbeiter entgegensteht. So gehört der vergebliche Kampf gegen die Bleiweißgefahr zu den charakteristischen Erscheinungen der kapitalistischen Ausbeutung und der Bevölkerung derselben durch die staatlichen Organe.

## Nachlänge zum Streit in Auerbach.

Als Angeklagte erschienen am 13. August vor dem Schöffengericht in Bwingenberg die bekannten Raubräuber Schmitt, Both und Blechschmitt aus Darmstadt. Sie waren nach Auerbach gefommen, um das Handwerk zu retten. Diese Räuber wollten sie aber allein haben, denn als der 51 Jahre alte Weißbindergeselle Anders aus Seehausen einen Tag auch als Arbeitswilliger dort wirkte und am Abend nach der Eisenbahn ging, riefen sie ihm zu: "Du Streitbrecher, Du kriegst sie jetzt" und schlugen auf ihn ein. Als er zu Boden stürzte, trat ihm Blechschmitt noch zweimal ins Gesäß. Für diese Tat erhielt Schmitt 3 Monate und Blechschmitt 2 Monate Gefängnis. Both wurde freigesprochen. Bei der Vernehmung erfuhr man auch, aus was einem Material die "nützlichen Elemente" bestehen. Schmitt ist vorbestraft wegen Diebstahl; zweimal 3 Tage, dann 6 Monate und 2 Jahre Chorlust, dann 9 Monate, dann 1 Jahr und 9 Monate, dann 3 Jahre Zuchthaus. Wegen Betrugs und Betrugsvorwurfs: einmal 2 Monate bezw. 1 Monat; wegen Bekleidung: 1 Monat und 2 Monate; wegen Unterschlagung: 3 Monate; außerdem noch wegen verschiedener Sittlichkeitsdelikte. Blechschmitt ist vorbestraft mit 6 Monaten Gefängnis wegen Körperverletzung; Both wegen Diebstahls mit 5 Tagen.

Ferner waren angeklagt: 1. Kollegie F. Hütsch; 2. Fr. Jägerling, Taglöbner zu Auerbach; 3. Ph. Jägerling, Taglöbner zu Auerbach; 4. G. Both, Handelsmann zu Darmstadt; 5. G. Lenzer, Möbeltransporteur; 6. G. Späth, Möbeltransporteur zu Darmstadt; 7. G. Fries, Taglöbner zu Darmstadt; 8. G. Jäckel, Möbeltransporteur zu Darmstadt.

Diese Angeklagten sollen die Raubräuber G. Fischer, Ph. Blechschmitt, G. Both, G. Schmitt, sämtlich wohnhaft zu Darmstadt bedroht und verübt haben, die Arbeitswilligen zur Einstellung der Arbeit zu nötigen, indem sie ihnen zurrufen: "Wenn Ihr hier arbeitet, bekommt Ihr die Knochen kaput geschlagen; Ihr gehtet nach Ehrenbreitstein zu den Marmorschleifern; Ihr gehört aus der menschlichen Gesellschaft ausgerottet." Außerdem soll "Streitbrecher" und "Nichträuber" gerufen worden sein im Eisenbahngauge. Im Schillerede rief Jäckel dem Schlüssel F. Jäckel zu: "Du sitzt unter Streitbrechern!" Der Angeklagte Hütsch führte aus: "Dass ich diese Leute beleidigt haben soll, ist ausgeschlossen, die stehen auf einer so tiefen Stufe der Moral, daß ich sie nicht beleidigen kann und ich mir etwas vergeben würde, wenn ich mit ihnen sprechen würde; ich kenne zu gut ihre Vergangenheit und ihren Lebenswandel. Was die Anziehung des § 153 der Gewerbeordnung betrifft, daß ich die Leute genötigt haben soll, die Arbeit niederzulegen usw., so fehlen hierzu die Voraussetzungen, denn das sind keine gelernten Weißbindergesellen und können also die gelernten in Auerbach nicht ersehen. Hätte ich sie zum Niederlegen der Arbeit veranlaßt, dann hätte ich unsere Streitkräfte belastet, was ausgeschlossen ist, denn für diese Leute geben wir keiner Pfennig aus. Allerdings haben die Leute darauf gerechnet. Am 4. April fuhr ich in denselben Eisenbahngauge mit den Arbeitswilligen, Both, der einzige, der im Verbund war, fragt: "Wohin wird gefahren?" Fischer antwortete: "Nach Auerbach. Ich antwortete: "Dort wird doch gestreikt." Wir arbeiten nicht, war die Antwort. — So, warum fahrt Ihr denn dort hin?" Ich erwiderte: "Wir machen eine Bergungsfahrt. Ich erwiderte: "Da hast Du doch die Feiertage Zeit genug dazu gehabt und Du wirst Dein Geld besser verwenden können." Ich antwortete: "Du wirst Deine paar Pfennige noch erhalten, er schuldet mir 30 M, wovon 5 M abbezahlt sind, 17 erhielt er vom Kranengeld seinerzeit abgezogen". Bothen mir und Fischer, der unglaublich frisch und herausfordernd war, wurde lebhaft diskutiert, dabei äußerte ich: "Es gibt Menschen, die nie arbeiten wollen, die keine Steuern, keine Miete, keinen Geschäftsmann bezahlen, die Armenunterstützung bezehren, trotzdem sie gesund sind, die Kranken- und Verbandsklassen ausmachen usw., denen jedes Empfehlungsvermögen verloren gegangen ist, die ein Ballast für die menschliche Gesellschaft sind und nicht mehr unter sie gehören, sondern dorthin, wo sie arbeiten müssen, wo sie Marmorschleifer müssen usw. Dieses alles war aber, bevor diese die Arbeit aufnahmen. Tags vorher waren sie schon einmal dort, was ich aber nicht wußte, ich war verreist, da machten sie einen Erpressungsversuch, indem sie vom Streitbüro 5 M Bebgeld verlangten; sie erhielten aber nur 1 M. Um 11 Uhr fuhren wir wieder in denselben Gauge zurück und anderen Tagen nahmen sie erst die Arbeit auf. Während des sechswöchigen Streits ist nichts vorgekommen, trotzdem diese Leute unglaublich provozierend aufgetreten sind und immer Händel gefügt haben. Meinen Kollegen, die sehr aufgebracht waren, habe ich stets gesagt: Hüte euch vor diesen, die suchen Streit und legen sich dann auf unsere Kosten ins Spital; denn arbeiten können und wollen diese nicht, die machen sich selbst unmöglich und suchen einen Vorwand,

um hier fortzukommen. Daß ich ziemlich recht hatte, beweist, daß am 6. Mai, als der Streit beendet war, drei entlassen wurden, wie es heißt wegen Diebstahls. Die vier weiteren Angeklagten betreiten, die Raubräuber im Eisenbahngauge beleidigt zu haben, sie hätten sich über die Absperrung der Metallarbeiter unterhalten. Die beiden Jägerling betreiten, daß sie widerrechtlich in den Steinbau Herber eingedrungen seien, sie hätten nur ihren Maurerhammer dort geliebt und dabei die Weißbinden gesehen, beleidigt oder bedroht hätten sie diese nicht. Fries sagt: Ich war betrunken und habe nur im Spaz die Neuerung getan, eine beleidigende Absicht hatte ich nicht.

Möglichkeit waren noch fünf Zeugen da. Bei der Zeugenvernehmung kam es öfter zu Auseinandersetzungen zwischen diesen und den Angeklagten.

Der Amtsgericht führte aus: Bei Streit zeigt sich immer dieselbe Erscheinung: Ausschreitungen usw., die Arbeitswilligen werden beschimpft, belästigt, und daß nun bestraft werden, denn sie haben ein Recht zu arbeiten und dürfen nicht daran gehindert werden. Die Streitenden haben das Recht, sie zu bereden, aber so weit, wie die Angeklagten gingen, darf nicht gegangen werden. Hütsch ist an der ganzen Sache schuld, er hat die Maurer gehabt, die Möbeltransporte — alles ging von ihm aus und wurde durch ihn geleitet, er muß bestraft werden. Er hat sich zwei Delikte zu Schulden kommen lassen, Nötigung und Beleidigung. Ich beantrage wegen Beleidigung 60 M. Geldstrafe wegen Nötigung 4 Tage Gefängnis. Strafmildend fällt ins Gewicht die seitliche Unbescholtenheit des Angeklagten. Ferner beantrage ich gegen Senzer, Both und Fries 10 M. gegen Fries 5 M. Geldstrafe und Ergung der Kosten; für Späth und die beiden Jägerling Freiprechung. Das Gericht schlägt sich später diesen Anträgen an.

In seiner Verteidigung erklärte zunächst Hütsch: Der Herr Amtsgericht hat sich die Sache leicht gemacht, er erklärt, ich habe die Maurer, die Möbeltransporte usw. aufgehebelt. Für diese Behauptung hat er aber den Beweis nicht erbracht und auch die Verhandlung hat nach dieser Richtung gar nichts ergeben. Die Mitangeklagten kennen ich nicht und sie mich nicht. In den sechs Wochen hat sich die ganze Aufmerksamkeit der Polizei auf meine Person gelenkt und ich hätte die Kläger mehr als einmal anklagen können, wenn sie nicht so traurige Patrone wären; nichts könnte mir angezeigt werden, weil ich wußte, die machen sich selbst unmöglich durch ihr Vertragen und ihre Arbeit. Die Nötigung bestreite ich ganz entschieden, denn hätten diese dadurch die Arbeit verlassen, hätte der Verband sie unterstützen müssen. Der Herr Amtsgericht behauptet, die Nötigung bestehe darin, daß ich verucht hätte, die Kläger zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Das ist falsch, das Gespräch mit Fischer in dem Eisenbahngauge spielte sich einen Tag vor der Vernehmung der Arbeitswilligen ab. Außerdem erklärte sie ja in dem Bahnhofswagen, wir arbeiten nicht; also fehlt hier die Voraussetzung einer Beleidigung und Nötigung, auch wäre ich ein Tor, wenn ich Leute, die ich gewinnen will, vorher beleidigte. Die ganze Anklage geht von Fischer aus und ist ein persönlicher Machenschaft, weil ich ihn aus dem Verband hinausgeworfen habe. Das die andern ihm beipflichten, ist ersichtlich.

Die übrigen Angeklagten gaben nur kurze Erklärungen ab. Die Verhandlung dauerte über vier Stunden und endigte mit obigen Urteilen. Damit ist ein weiterer Alt dieses Trauerspiels zum Abschluß gekommen; denn der Diebstahl, der eingeschlagen erwähnt wurde, wird das Gericht auch noch beschäftigen.

Die niedrigsten Instanzen und die höchste Leidenschaft wurden aufgewühlt. Und das alles, weil die Weißbindergesellen von Auerbach ihre überaus traurige Lage verbessern wollten. Hier zeigt sich aber auch die ganze Macht der Arbeiterverbände, denn der einzelne kann gar nichts, die Organisation vieles erreichen. Weil man die Solidarität nicht auf die Anlagebank bringen kann, fügt man ihre besten Vertreter.

## Über die Bernsteinförderung in Ostpreußen

berichtet die Direktion der Kgl. Bernsteinwerke: Im vergangenen Jahre hat die Bernsteinförderung durch Bergbau im Samland einen weiteren, nicht unerheblichen Rückgang in Menge und Güte erfahren. Auch das Ergebnis der Strandnutzung blieb wesentlich gegen das Vorjahr zurück. Dagegen zeigte sich eine andauernde Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeigneten Bernsteinarten die Schuld trug. In dem vergangenen Jahre sind neben der Ausbeute die letzten Reste der Bernsteinvorräte abgestorben, so daß für die Folge nur noch mit dem Ergebnis der laufenden, bedauerlicherweise nicht ausreichenden Ausbeute gerechnet werden kann. Eine Steigerung des Bedarfs in fertigen Bernsteinwaren, so daß die Fabrikanten ihre Arbeiter voll aufbeschäftigen konnten. Teilweise reichten diese zur Erfüllung der vorliegenden Aufträge noch nicht einmal aus. Viele der Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, wozu in der Hauptrache der Mangel an den geeign

Gründe ist die Produktion beschränkt worden und es sind rund 50 000 kg Kohlenstein weniger verarbeitet worden. Infolge dieses Umstandes konnten von den bei der Herstellung von geschmolzenem Bernstein sich ergebenden Nebenprodukten, Bernsteinäure und Bernsteinöl, entsprechend geringere Mengen gewonnen werden, während der Begehr hier nach ein recht großer war und bei weitem nicht befriedigt werden konnte. Die Folge davon war ein recht erhebliches Aufzehr an Preise. Beschäftigt wurden im Jahre 1906: in Palmenen und Kratzpellen in dem Bernsteinbergwerk, der Bernsteinmälzerei, Werkstätten und Sorterräumen als Beamte, Steiger, Kuscher, Bergleute, Handarbeiter, Arbeiter und Arbeiterinnen 690 Personen, in Königsberg in den Sortiersälen und in der Brezbernsteinfabrik mit dem Sortieren und Bearbeiten des Bernsteins 2100 Personen, in der Hausindustrie in Königsberg bei dem Bernsteinpulpa 420 Personen. Das sind zusammen 1920 Personen.

Die Vorteile guter Bernsteinlacke werden von Malern, Lackierern u. c. wohl genügend gewürdigt, dabei darf aber nicht übersehen werden, daß wohl kaum auf einem Gebiete so viel Schwund getrieben wird, als auf dem der Farben-, Öl-, Lack- usw. Fabrikation. Die Fabrikanten und Händler kennen auch nur zu gut ihre Herren Abnehmer, die jahraus jahrein von "neuen", "patentierten" Mitteln jeglicher Art fast überschwemmt werden, immer wieder darauf hereinfallen, denn das Malervolk wird nicht klug, so oft es auch schon Lehrgeld hat zahlen müssen.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

**Lebensalter und Tuberkuosesterblichkeit.** In einer sehr lehrreichen Abhandlung, die, auf ein reiches Zahlenmaterial gestützt, in Bischows Archiv für pathologische Anatomie usw. erschienen ist, vertritt ein Königsberger Arzt, Dr. Ascher, das von Hesch entdeckte biologische Gesetz: „Die Sterblichkeit sinkt vom Säuglingsalter, das neben dem Greisenalter die höchste Sterblichkeit aufweist, ständig bis um die Zeit der Geschlechtsreife und steigt von da bis zum Greisenalter.“ Auch die Sterblichkeit an Tuberkuose verläuft nicht sowohl nach der Gelegenheit zur Ansteckung als nach einem Gesetz der natürlichen Widerstandskraft. Das heißt also, daß es neben ererbter Disposition und Organ schwäche, Dingen, die dazu angetan sind, die natürliche Widerstandskraft des Organismus herabzusetzen, vor allem die durch das höhere Lebensalter verminderte Lebensenergie ist, die allen Schädlingen den organischen Nährboden bereitet. So finden wir in Preußen in der Zeit von 1876—1901 eine Tuberkuosesterblichkeit, die zwischen der Geburt und dem 3. Lebensjahr 20—27 auf je 1000 Lebende beträgt, von da bis etwa zum 12. Jahre sich zwischen 2—5 pro Mille hält, etwa mit Ablauf des 15. Jahres 10 pro Mille erreicht und von da an in ständiger Steigerung bis zu 80 pro Mille und darüber im 7. Lebensjahrzehnt steigt.

Auch die Erfolge der Heilstättenbehandlung, wie sie aus den Ergebnissen des an der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte eingeleiteten Heilversuchens bei 6015 lungentrunkenen Versicherten bis 1904 und innerhalb einer nachherigen Beobachtungszeit bis zu mehr als 6 Jahren hervorgehen, bestätigen dieses Gesetz der Altersdisposition.

Alter	Lebensalter	Erkrankungen	Lebensalter	Erkrankungen
16—20 Jahre	74,39 Proz.	5,43 Proz.	16,29 Proz.	16,29 Proz.
20—30 "	69,54	8,84	17,74	"
30—40 "	80,65	14,25	22,72	"
40—50 "	47,92	17,23	34,09	"
50—60 "	35,34	24,06	39,85	"
60—70 "	33,33	66,67	"	"

Die übrigen starben nach Verlassen der Anstalt in der Beobachtungszeit. Es ergibt sich aus diesen Zahlen, daß im Gegenjahr zu der Ansicht mancher Aerzte, die aus ihrer begrenzten Erfahrung heraus das Alter von 30—40 Jahren als das günstigste für Einleitung einer Kur ansehen, die Aussichten für eine Heilstättenbehandlung am besten im Alter von 16—20 Jahren sind.

Der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1906. Unsere größte deutsche Gewerkschaft hat sich diesen Ruhm auch im vergangenen Jahre nicht nehmen lassen; in einem mächtigen Sprunge, der ihr sogar einen absoluten Mitgliederzuwachs brachte, wie noch kein Jahr zuvor, ist sie auf ihrer Bahn weitergestürmt. Nach dem soeben erschienenen Jahr- und Handbuch stieg die Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1906 von 259 692 (darunter 8718 weibl.) auf 335 075 (darunter 12 713 weibl.), also um 75 883 oder um 29,02 Prozent! Das Jahr 1905, das bereits alle vorhergehenden überschüttete, brachte nur einen Anstieg von 60 788, der allerdings relativ noch höher war, nämlich 30,52 Prozent. Im Laufe der letzten drei Jahre, hat der Verband seine Mitgliedschaft von 160 135 auf 335 075 vermehrt, also mehr als verdoppelt. Das ist ein Erfolg, auf den nicht nur er selbst, sondern auch die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung stolz sein darf. Die Fluktuation, d. h. das Abspringen neu gewonnener Mitglieder hat im Berichtsjahr etwas zugenommen: von den in diesem Jahre dem Verband beigetretenen 187 427 Mitgliedern schieden 52 800 gleich 28,16 Prozent, wieder aus, gegen 27,25 Prozent im Jahre 1905. 786 (755) Ausschlüsse mussten vorgenommen werden, davon 558 wegen Streiks oder Sperrvertrags.

Der Verband ist in 9 Bezirke geteilt, die wiederum in 391 Verwaltungsstellen zerfallen. Die Zahl der Verwaltungsstellen hat im Berichtsjahr eine Verminderung um 15 erfahren, was auf die Verschmelzung einiger Verbandsorte mit benachbarten größeren Mitgliedschaften zurückzuführen ist. Die Zeitung des Verbandes liegt in den Händen von 4 berufsmäßig angestellten und 5 ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitgliedern. Außerdem bestehen 83 Geschäftsstellen mit fest angestellten Geschäftsführern. Zusätzlich sind für den Verband 274 beförderte Beamte tätig, davon 21 in der Hauptverwaltung.

Das Jahr 1906 war für den Metallarbeiterverband noch reicher als das vorhergehende an Lohnbewegungen aller Art. Die Zahl der an diesen Kämpfen beteiligten Personen betrug 190 084 (gegen 188 110 im 1905). Davon gehörten 117 952 dem Verband an, 21 812 andern Organisationen. Rund 40 Prozent aller Verbandsmitglieder waren also in Lohnbewegungen verwickelt, von denen die meisten allerdings ohne Arbeitseinstellung verloren. „immer größer wird der Prozentsatz — so heißt es in dem Bericht — der Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellung ihre Erfüllung finden. Ein immer größerer Teil der Unternehmungen gelangt zu der Erkenntnis, daß es in der Tat vorstellbar ist sich mit den Arbeitern und ihrer Organisation in gütlicher Weise aneinanderzusetzen.“ Hoffen wir nur, daß diese Erkenntnis des Unternehmertums auch während

der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs anhält! Und nicht nur am zahlreichsten, sondern auch am erfolgreichsten waren die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, wie aus folgender Tabelle ersichtlich. Es wurde erreicht:

Art der Bewegung	Bahl der Beteiligten
Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung . . .	123 612
Angrißstreits . . . . .	20 983
Aussperrungen . . . . .	28 273
Zusammen . . . . .	172 867

Arbeitszeitverkürzung	Lohnerhöhung
Stunden pro pro	pro
für pro Woche Person	Beteiligte
70 350 274 629 3,9	94 906 166 206 1,75
7 860 28 117 8,6	16 367 31 954 1,95
361 1 602 4,4	3 135 6 266 1,99
78 571 304 348 3,9	114 408 204 426 1,78

Die ohne Arbeitseinstellung erreichte Arbeitszeitverkürzung war also nahezu 10mal, die erreichte Lohnerhöhung fast 5mal so groß wie die bei Kämpfen mit Arbeitseinstellung erkämpfte. Die Kosten aber verhalten sich naturgemäß gerade umgedreht: die der erstgenannten Bewegungen beliefern sich auf insgesamt 8152 M., die der Angrißstreits auf 945 931 M. Es betrifft sich angesichts dieser Zahlen, daß erfahrene Gewerkschaftsführer eine Arbeitseinstellung so lange als möglich hinauszögern suchen. Nur zu häufig wird dieselbe freilich, wie man sieht, den Arbeitern durch brutale Aussperrungen aufgezwungen. Zu den oben genannten Bewegungen kommen noch diejenigen zur Abwehr von Verblechtern, bei denen es gelang, für 414 Beteiligte Arbeitsverlängerungen von insgesamt 1665 Stunden pro Woche (4,0 pro Person) abzuwehren. Die Kosten dieser Bewegungen belaufen sich auf 644 918 M. Alle Kämpfe zusammen legten also dem Metallarbeiterverband Opfer in Höhe von 3 471 177 M. auf, denen jedoch bereits im ersten Jahre allein polumäre Errungenchaften von über 10 Millionen Mark gegenüberstanden. Zur Verständigung des Bildes sei noch mitgeteilt, daß von den Angrißstreits 61 Proz. mit vollem, 22 Proz. mit teilweise und 12 Proz. ohne Erfolg endigten, während der Rest noch unentschieden war. Bei den Abwehrstreiks lauten die entsprechenden Zahlen: 51, 16 und 28; bei den Aussperrungen 54, 21 und 19. Am allgemeinen ist also das Bild der Lohnbewegungen des vergangenen Jahres ein sehr günstiges. Die Kassenrechnung des Verbandes für 1906 ergab Einnahmen in der Gesamthöhe von 8 252 900 M., während die Ausgaben sich auf 7 773 900 M. belaufen. Das Verbandsvermögen in der Haupt- und in den Lokalkassen hat sich von rund 2 693 000 M. (10,37 M. pro Mitglied) auf 3 441 400 M. (10,27 M.) vermehrt. Angesichts dieses Rückgangs des durchschnittlichen Vermögensbetrages, der in der Hauptkasse noch viel stärker herbornt, hält der Vorstand eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge für kaum zu umgehen. Neben den Ausgaben für Kampfszwecke figurieren noch die für andere Unterstützungen (Steile, Mahnregelung, Notlage) mit 523 700 M., für Agitation 200 460 M., Rechtschutz 80 000 M. Das Verbandsorgan, das am Sitz des Verbandes in Stuttgart in einer eigenen Druckerei hergestellt wird, forderte einen Zuschuß von 248 000 M. Die M.-Btg. konnte im vergangenen Jahre das trohe Ereignis einer Auflage von 300 000 feiern. Sie hat dieselbe bis zum Schlusse des Jahres auf 343 200 gesteigert und ist damit der Auflage nach das größte von einer politischen, gewerkschaftlichen oder sonstigen Arbeiterorganisation herausgegebene Blatt. Möge es ihrer Werbektat gelingen, dem Verbande auch im kommenden Jahre neue Anhänger scharen zugufüren und die alten mit wirtschaftlicher Einsicht und frohem Kampfesmut zu erfüllen.

Die Berliner Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1906. Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission, der fürzlich erschienen ist, gibt ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der Berliner Gewerkschaften. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Berlins betrug am 31. Dezember 1906: 252 069 gegen 224 277 im Jahre 1905. Das ist rund gerechnet eine Zunahme von 28 000 Personen. Damit ist die erste Viertelmillion Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission ange schlossen. Zentralverbände überdrückt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt rund gerechnet 20 000. Eine auffällige Errscheinung bildet die enorme Fluktuation. Im Jahre 1906 wurden von allen Organisationen aufgenommen 121 397 Personen, davon 106 048 männliche und 14 733 weibliche. Davon sind bei den weiblichen 7445 Mitglieder, also mehr als die Hälfte, wieder ausgetreten. Drei Gewerkschaften haben über 20 000 Mitglieder. An erster Stelle steht der Metallarbeiterverband mit 61 834 Mitgliedern; ihm folgt der Holzarbeiterverband mit 27 937 und der Transportarbeiterverband mit 22 390 Mitgliedern. Über 10 000 Mitglieder zählen zwei Gewerkschaften, von 5000 bis 10 000 liegen darunter auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter, von 1000 bis 5000 zwanzig, von 500 bis 1000 achtzehn, von 100 bis 500 neunzehn und unter 100 Mitglieder zwei Gewerkschaften. Von Angrißstreits waren 34 Gewerkschaften mit 22 866 organisiert und 1415 unorganisiert, also insgesamt 24 281 Personen beteiligt. Abwehrstreiks bezw. Aussperrungen hatten 34 Gewerkschaften mit 80 094 organisierten und 490 unorganisierten, also 30 584 Beteiligten zu bestehen. Insgeamt waren die Berliner Gewerkschaften in drei und vierzig Berufen mit 53 450 Mitgliedern an 469 Kämpfen beteiligt. Von diesen Kämpfen wurden 267, gleich 54,60 Prozent, mit einem vollen, 79 gleich 16,15 Prozent, mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiter beendet. Nur 111, gleich 22,70 Prozent, sind für die Arbeiter ohne Erfolg verlaufen. Insgeamt verloren die Kämpfe den Gewerkschaften 1 474 471,08 M., fast 1½ Millionen Mark Kosten. Der Verlust an Arbeitsverdienst für die Beteiligten beträgt 2 458 304,80 M. Die Gesamtaufnahme aller Gewerkschaften hat im Berichtsjahr 9 545 857,62 M. betragen, d. i. rund gerechnet gegen das Vorjahr 3 Mill. M. mehr; die Gesamtausgabe hat 7 545 103,95 M. — gegen das Vorjahr 1½ Mill. M. mehr — betragen. An Kostenbeitrag hatten am 31. Dezember 1906 die gesamten Berliner Gewerkschaften 2 065 865,49 M.

## Arbeiterversicherung.

**Arbeiterversicherung.** Solche Mitglieder, die erwerbstlos werden (wegen Mangels oder Aufhören der Arbeit usw.) haben auch noch nach dem Austritt Anspruch an die Krankenkasse, wenn sie innerhalb 3 Wochen nach dem Austritt erkranken. Voraussetzung ist dabei jedoch, daß

die Betroffenen vor der Entlassung mindestens 3 Wochen einer oder mehreren Krankenfassen als Mitglied angehört haben. Dieser Anspruch besteht innerhalb der ersten drei Wochen ohne jede Beitragszahlung nach der Entlassung. Es ist jedoch von großem Wert, daß die Arbeiter sich auch nach dem Austritt die Mitgliedschaft zur Krankenkasse wahren, wenn sie vorläufig keine Beschäftigung haben, weil — abgesehen von andern Vorteilen — das Krankengeld eventl. höher ist, als wenn sie in den ersten 3 Wochen erkranken und keine Beiträge geleistet haben. Es mag folgendes beachtet werden: Nehmen wir an, eine Kasse zahlt nach dem Statut vom zweiten Tage der Erkrankung an und auch für Sonn- und Feiertage Krankengeld. Wer nach der Entlassung erkrankt ist und bis zur Erkrankung nicht freiwilliges Mitglied der Kasse geblieben ist, hat darauf keinen Anspruch; bei ihm besteht nur ein Anspruch auf die gelegentlich in *Industrie ist es eben*, d. h. er bekommt Krankengeld erst vom 4. Tag und außerdem werden ihm Sonn- und Feiertage nicht bezahlt. Nun kann es aber auch vorkommen, daß eine Kasse als Krankengeld bis *Industrie ist es eben* pro Tag zahlt. Wer auf Mindestleistungen Anspruch hat, bekommt dann aber nur ein Krankengeld in Höhe der *Industrie ist es eben* pro Tag des durchschnittlichen Tagelohnes. Sterbegeld darf ebenfalls nur in Höhe des 20fachen Betrages des durchschnittlichen Tagelohnes statt einer sonst vielleicht höheren Summe gezahlt werden. — Diese Unterstützung Erwerbsloser ist durch das Krankenversicherungsgesetz festgelegt und kann durch keine statutarische Bestimmung erweitert werden. Es gibt aber einen Weg, den jeder Kollege betreten sollte, um sich vor den ausgeführten und noch weiteren Nachteilen zu schützen. Er kann nämlich bei der Kasse freiwilliges Mitglied bleiben. Leider machen von diesem Recht noch immer nur verhältnismäßig wenige Mitglieder Gebrauch. Wir erfahren es täglich, daß viele die Unterlassungssünde zu spät bereuen. Es nützt leider nichts, daß jemand jahrelang Mitglied einer Kasse war; wenn er austritt, so verliert er mit diesem Augenblick alle Ansprüche für seine Angehörigen und behält für sich nur noch für die Dauer von 3 Wochen Anspruch auf Mindestleistungen. Wenn es auch schwer ist, gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit die Kassenbeiträge allein zu bezahlen, so sollte doch jeder das im Interesse der Familie und seiner selbst zu ermöglichen suchen. Die Erklärung, daß jemand freiwilliges Mitglied bleiben will, muß innerhalb einer Woche erfolgen. Bezahlbar darf erst im Laufe der zweiten Woche nach dem Austritt werden. — ck.

## Gerichtliches.

**Unterschlagung von Krankengeldern.** Manche „Meister“, die jede Arbeitserforderung als ungerechten Handzug denunzieren, haben ein weites Gewissen den Krankenkassen gegenüber. Sie vergessen zwar nicht, den Arbeitern die Krankenfassenbeiträge vom Lohn zu kürzen, aber im krankhaften Vergleichsfall unterlassen sie die Beiträge an die Eigentümerin abzuführen. Und dabei klagen die Meisterlichen über die drückenden sozialpolitischen Lasten. Die meistern Urteile, die gegen die vergleichlichen Unternehmer gefällt wurden, waren nicht geeignet, abschreckend zu wirken, das Erinnerungsvermögen zu stärken. Nun hat nach dem „Vorwärts“ die 7. Strafanmer der Bandgerichts in Berlin entschieden, daß in allen Fällen, auch wenn die Beiträge später gezahlt worden sind, ein Verstoß gegen das Krankengeldgesetz und *Industrie ist es eben* eine Strafe von 1000 Mark ausreichen soll. Die Einnahmen für Krankenkassen stehen mit dem Augenblick der Einnahme bereits Eigentum der betreffenden Kasse. Der Arbeitgeber hat daher die entsprechende Summe nicht nur am bestimmten Tage an die Kasse zu zahlen, sondern er haftet mit seiner Person dafür, daß die Beiträge, welche ja bereits Eigentum der Kasse sind, jederzeit vorhanden sein müssen.

Der Vorsteigende einer Zentralgewerkschaft ist nicht verpflichtet, die Mitglieder der selbständigen Ortsgruppen seiner Gewerkschaft der Polizeibehörde am *Industrie ist es eben* anzumelden und ihr deren Statuten einzurichten. So entscheidet das preußische Kammergericht hinsichtlich des Gewerbevereins deutscher Stuhlarbeiter (G.-D.), Sitz Spremberg. Gewiß könne es vorkommen, daß der Vorsteig (Hauptvorstand) eines Zentralverbandes verpflichtet sei, am Orte seines Sitzes alle Verbandsmitglieder einzurufen, wie das bezüglich des Deutschen Bergarbeiterverbandes (Johow: Band XXV) ausgesprochen sei. Das sei doch aber nur unter besonderen tatsächlichen Voraussetzungen der Fall, nämlich dann, wenn die Unterabteilungen des Verbandes *Industrie ist es eben* selbständige Vereine bilden, mögen sie nun Filialen, Zählstellen oder Ortsvereine heißen. Es kommt darauf an, ob der Verband aus selbständigen Vereinen oder aus physischen Personen besteht. Wo das ersterste der Fall sei, und bei dem Gewerbeverein ist es so, sei nicht der Centralvorstand zur Anmeldung am Orte seines Sitzes verpflichtet, sondern die Pflicht zur Anmeldung der Mitglieder hätten die Vorsteher der einzelnen Ortsvereine gegenüber den Polizeibehörden an ihrem Orte. Das Kammergericht schafft auch darauf Gewicht zu legen, daß die Ortsvereine des Gewerbevereins gemäßige Selbstständigkeit haben. Sie hätten selbständige Zählstellen, eine selbständige Kassenführung, hätten über die Aufnahme von Mitgliedern zu entscheiden und manches mehr. An dieser Selbstständigkeit werde nichts geändert dadurch, daß der Centralvorstand die von den Ortsvereinen vorgenommene Anmeldung der Mitglieder hätte, ohne daß es einer besonderen Feststellung in der Vorinstanz bedürfe, sei hier eine genügende Selbstständigkeit der Ortsvereine anzunehmen.

## Vom Ausland.

**Oesterreich.** Zugang ist strengstens fernzu halten nach Teisse-Bodenbach und Linz. In Linz ist der Streit nach 10wöchentlichem Kampf aufgeklungen. Die Meister weigern sich, einen Vertrag abzuschließen, trotzdem die Forderungen überall bezahlt werden. Der Kampf mußte aufgehoben werden, weil sämtliche organisierte Streikende untergebracht waren. Etwa 100 Unorganisierte waren zu Streikbrechern geworden; wieder ein Beweis, daß nur mit einer guten Organisation etwas zu erreichen ist. Würden alle Kollegen organisiert gewesen sein, dann hätten sie die Unterstützung von der Organisation erhalten und hätten nicht zu Streikbrechern zu werden bra